Nr. 11 — Jahrgang 13 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 14. Januar 1928

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Chaos oder Aufbau?

Noch immer gibt es breite Schichten der Arbeiterklasse, die da glauben, daß man nur eine Idee auszusprechen braucht, einige Begeisterung dafür aufbringt und wenn sie einigermaßen verwirklichbar ist, daß dann auch ihr Erfolg sicher ist. Seit Jahrzehnten zeigen wir den breiten Massen, welcher Unterschied zwischen uns und der bürgerlichen Gesellschaft besteht und doch schreitet von Wahl zu Wahl die sozialistische Idee nur langsam vorwärts. Noch sind es gerade die Arbeiter, die den bürgerlichen Parteien unter den verschiedensten Versprechungen bei den politischen Wahlen zum Siege verhelfen und während der parlamentarischen Arbeit erwarten gerade diejenigen, die für das Bürgertum ihre Stimme abgegeben haben, von den Sozialisten Lösung der wichtigsten Fragen, Sorge für ihre Lebensexistenz. Sie geben einfach kurz an, daß es nun an den Sozialisten liege, zu zeigen, was sie können. Seit Jahrzehnten haben in den Parlamenten, also in den gesetzesgebenden Institutionen die bürgerlichen Schützer der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung die Mehrheit, aber von den Sozialisten erwarten die Massen die Rettung aus dem heutigen Elend. Wir haben niemals darüber die breiten Massen im Zweifel gelassen, daß der politische Erfolg abhängig ist von der Unterstützung, welchen er in den Massen des Volkes erhält. Und ob dies in Polen oder in Deutschland ist, stets kann nur soviel erreicht werden, als die Massen selbst ihre politischen Vertretungen unterstützen.

Heute ist gerade unter dem Bürgertum die Demokratie das Allheilmittel, mit welchem sie ihren Staat retten wollen, schreien selbst von Vergewaltigung des Wahlrechts und als sie Jahrzehnte am Ruder waren, da schufen sie sich ein Wahlrecht, welches die Massen des Volkes von der politischen Teilnahme am Staatsleben ausgeschlossen hat und es bedurfte gerade der revolutionären Entwicklung, daß sich das Bürgertum entschloß, auch der Arbeiterschaft den politischen Einfluß zu gewähren. Ohne eine Volksregierung Daszynski—Moraczewski gäbe es heut in Polen kein fünfgliedriges Wahlrecht, gebe es keinen Einfluß der Arbeiterschaft auf den Staat. Und das Bürgertum, welches heute von diesem freien Wahlrecht Gebrauch macht, wendet es nicht etwa an, um dem Volke zu helfen, sondern um mittels dieser demokratischen Einrichtungen ihren bürgerlichen Staat zu sichern, mit Polizei- und Militärmacht die aufstrebenden Kräfte der Arbeiterklasse weiter in ihrem Joch zu halten und sich selbst den Einfluß zu sichern, den es benötigt, um auf ewig die privatkapitalistische Wirtschaftsform aufrecht zu erhalten. Wir wollen den heutigen Zustand inbezug auf Demokratie und Parlamentarismus nicht als eine feste Form behandeln, es ist eine vorübergehende Phase, die allein wiederum nur durch den Ausgang der Wahlen geändert werden kann.

Wieder ist es das Bürgertum, welches laute Propaganda treibt, um zu beweisen, daß ihre Rechte in Gefahr sind. Man ruft nach Demokratie und vergießt ganz, welche Formen diese Demokratie annahm, als die Witos, Korfanty und Konsorten an der Regierung saßen und daß ihre Methoden es waren, die den heutigen chaotischen Zustand im polnischen Staatswesen herbeigeführt haben. Ohne den reaktionären Kurs der letzten Witosregierung und seiner Vorboten unter Grabski, gäbe es keinen Maiaufstand und ohne Maiaufstand und faschistischer Abwehr der Rechtsbolschewisten, gäbe es keine Diktatur oder Halbdiktatur der heutigen Regierung. Noch immer muß unterstrichen werden, daß die teilweise Beseitigung der demokratischen Prinzipien doch nichts anderes sind, als die Abwehr des heutigen Systems gegen die Pläne der Rechtsbolschewisten, die sich immer noch nicht damit abfinden könne, daß sie endgültig von der Staatsmaschine und den Einfluß auf diesen Apparat ausgeschaltet sind. Diese Erkenntnis leuchtet ihnen nicht ein und darum der Ruf nach Demokratie.

Die Arbeiterklasse muß sich gerade bei den kommenden Wahlen darüber klar sein, daß sie mit deren Ausgang entweder den Weg zur Demokratie, wie sie von den breiten Volksmassen verstanden wird, zurückkehren muß oder infolge eines Sieges der Rechtsbolschewisten und Feinden der Volksmassen, diesem den Weg zur offenen Diktatur frei hält. Dies wollen die Arbeiter nicht begreifen. Wer will es der Regierung verdanken, daß sie innerhalb der politischen Parteien ein völliges Chaos angerichtet hat. Diese Regierung kämpft um die Macht und benutzt jede Gelegenheit, um sie zu sichern und zu stärken, allerdings nach bürgerlichem Muster, ohne zu fragen, was nach den Wahlen wird. Das Bürgertum ist es aber, welches heut nach Treue der Regierung ruft, in dem festen Glauben, daß der Wahlausgang schon eine Konsolidierung der bürgerlichen Kräfte bringen wird und mit oder ohne Pilsudski, ihnen die Staatsmacht ausliefert. Allein die Linksparteien und vor allem die Sozialisten halten ihre alte Front in unveränderter Form, denn auch im Minderheitenblock ist eine gewaltige Umschichtung vorgegangen. Ein Sieg der Regierungsparteien und des geschlossenen Bürgertums, daß ist der Weg zur Diktatur, ein Sieg der Sozialisten und der Linksparteien ist der Weg des Aufbaues, die Rückkehr zur Demokratie. Die Arbeiterklasse hat nun die Entscheidung, welchen Weg sie gehen will. —ll.

Polens Verhandlungsangebot an Litauen

Eine polnische Note an Kowno — Verhandlungsbeginn Ende Januar in Riga — Der Völkerbund gegen Woldemaras' Erklärungen

Warschau. Die polnische Regierung hat am Donnerstag durch einen besonderen Kurier eine Note an die litauische Regierung nach Kowno gesandt, in der sie den Beginn der polnisch-litauischen Verhandlungen für Ende Januar in Riga vorschlägt. In der Note sind bestimmte Richtlinien für die kommenden Verhandlungen festgelegt worden. Polen empfiehlt die Verhandlungen mit Besprechungen über die mit dem Grenzverkehr zusammenhängenden Fragen sowie über den Transitverkehr und die Aufnahme des Post- und Eisenbahnverkehrs zu beginnen.

Nur noch 2 Tage

liegen die Wählerlisten zum **Sejm** und **Senat** aus.

Sichere Dir das Wahlrecht durch **Einsichtnahme**, ob die **Angaben richtig** sind.

Der 16. Januar ist der **letzte** Einspruchstermin. Belehre Deine Arbeitskollegen, Freunde und Verwandten von der Wichtigkeit der **Kontrolle der Wählerlisten!**

Listeneinsicht = Wahlpflicht!

Erst Rüstungsbeschränkung dann Verzicht auf den Krieg

London. Lord Cecil sagte gestern abend in einer Rede in Sheffield: Er habe mit größter Sympathie und Zustimmung den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten zur Kenntnis genommen, wonach der Krieg als Instrument internationaler Politik aufgegeben werden sollte. Wenn aber der Verzicht auf Krieg oder die Aechtung des Krieges angestrebt werde, dann sei die erste Bedingung für den Erfolg eines solchen Planes die Verminderung und Beschränkung der internationalen Rüstungen.

Um die Nationalisierung des englischen Bergbaues

London. Während in führenden Kreisen der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften als Vorbereitung für die am 20. Januar zusammentretende Konferenz der Exekutive beider Organisationen ein weitgehender Nationalisierungsplan im englischen Bergbau erörtert wird, aber, wie es scheint, heftig umstritten ist, haben am Bergbau interessierte Abgeordnete einen Plan ausgearbeitet, der die Nationalisierung der Gruben durch Staatsmittel bis zur Höhe von 5½ Milliarden Mark vorsieht. Hierbei scheint es sich aber mehr um die Popularisierung der Idee der Nationalisierung des Bergbaues als um die Erörterung praktischer Vorschläge zu handeln. Die wirtschaftlich denkenden, führenden Persönlichkeiten der Arbeiterpartei sind gegen die Nationalisierung in dieser allgemeinen Form und warnen davor, für die Wahlkampagne ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, das allzu sehr zu sozialistischen Doktrinen durchtränkt ist und breite Angriffsflächen bieten.

Genfer Stimmung gegen Litauen

Genf. Das bekanntlich maßgebenden Völkerbundskreisen nahestehende „Journal de Geneve" nimmt in ungewöhnlich scharfer Weise zu der Haltung des litauischen Ministerpräsidenten der letzten Zeit Stellung. Der Passus in der Dezember-Entscheidung des Völkerbundsrates, der in indirekter Weise die Wilnafrage berührt, sei, so schreibt das Blatt, von Woldemaras völlig mißverstanden worden. Wenn Woldemaras erklärte, der Ratsbeschluß habe die Entschließung der Botschafterkonferenz von 1923 aufgehoben, so sei dies einfach nicht wahr. Der Vorbehalt in der Ratsentschließung bedeute lediglich die Feststellung der Tatsache, daß Litauen auf den Anspruch auf Wilna nicht verzichtet habe. In keiner Weise bedeute jedoch der Vorbehalt in der Entschließung, daß der Völkerbund oder Polen die Legalität der polnischen Ansprüche angezweifelt hätte. Woldemaras sei dies hinlänglich bekannt. Wenn er jetzt das Gegenteil sage, so kompromittiere er hierdurch in ärgster Weise sein Ansehen. Das „Journal de Geneve" erklärt sodann: Die Gesellschaft der Staatsmänner in Genf, die man den Klub von Genf betiteln könnte, lasse nur Personen zu, die einwandfrei als Gentlemen zu betrachten wären. Es könne Woldemaras passieren, daß er nicht mehr als Gentlemen bezeichnet würde. Das Blatt schließt mit dem Hinweis, auf die Schwäche der innenpolitischen Stellung der litauischen Regierung und erklärt, heute stehe die Tatsache fest, daß die Wilna-Frage endgültig geregelt sei. Woldemaras werde jetzt damit rechnen müssen, daß Deutschland und Rußland unter diesen Umständen an dem Schicksal Litauens desinteressiert seien.

Sieg Poincarees in der Kammer

Paris. Die Kammerdebatte über die Frage der Aufhebung der Immunität für die 5 kommunistischen Deputierten hat mit einem Sieg Poincarees geendet.

Mit 310 gegen 227 Stimen lehnte das Haus den Antrag Uhry ab, der sich gegen die Verhaftung aussprach. Ein weiterer Antrag Uhry und Genossen, wonach die Kammer beschließen sollte, daß die früher von ihr befreiten Deputierten ebenso wie die von der Festnahme bedrohten Parlamentsmitglieder während der Tagungsdauer nicht verhaftet werden könnten, wurde gleichfalls nach Feststellung der Vertrauensfrage mit 298 gegen 229 Stimmen abgelehnt.

Cachin und Vaillant-Couturier verhaftet

Paris. Nach Schluß der Donnerstag-Kammersitzung wurden die kommunistischen Deputierten, Cachin und Vaillant-Coutrier beim Verlassen des Kammergebäudes von Polizeibeamten festgenommen und im Kraftwagen nach der Santee überführt. Die Ueberführung geschah ohne Zwischenfälle.

Amerika besteht auf dem Welt-Friedenspakt

Neuyork. Wie verlautet, enthält die amerikanische Antwortnote an Frankreich, bezüglich des Antikriegspaktes die Forderung, daß auch England, Deutschland, Italien und Japan zum Abschluß von Antikriegsverträgen eingeladen werden, da ein solcher Vertrag zwischen Amerika und Frankreich allein nutzlos bleiben müßte.

•

Paris. Wie zu der am Quai d'Orsay überreichten amerikanischen Note verlautet, wird der Wortlaut derselben im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden. Die Antwort Kelloggs wird in freundschaftlichen Ausdrücken gehalten sein. Trotzdem wird von unterrichteter Stelle versichert, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich nach wie vor bestehen. Angeblich soll die Antwort Kelloggs eine Anspiegelung auf die französische Forderung enthalten, den Kriegsverzichtpakt auf Angriffskriege zu beschränken. Man erwartet, daß die französische Regierung morgen einen neuen Brief an Kellogg senden wird.

Steigende Arbeitslosigkeit im Reich

Die Million bereits überschritten.

Berlin. An der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger vom 15. Dezember bis zum 31. Dezember 1927 von etwa 709 000 auf 1 037 000, also um 46,3 v. H., während die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger nur um 24,4 v. H. zunahm (von 121 000 auf 151 500). In der Krisenunterstützung stieg die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 141 000 auf 177 000 oder um 25,4 v. H., die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 30 400 auf 34 400 oder um rund 13 v. H.

Faschistische Ausschreitungen in Brüssel

Brüssel. Die in Brüssel eröffnete russische Kunstausstellung, die an Hand von Reklamen, Photographien, Büchern und anderen Kunstwerken den Aufschwung der sowjetrussischen Republik darstellen sollte, fiel der Zerstörungswut einer hundertköpfigen Menge junger faschistischer Studenten zum Opfer. Die Ausstellung, die sich über sechs Säle ausdehnte, und von drei Angestellten bewacht war, wurde durch den sich in einer sehr belebten Straße befindenden Eingang gestürmt. Ein Teil der Faschisten bewachte den Eingang, ein anderer hielt die drei Wächter im Schach, während der Rest sich der Vernichtung der Ausstellungsgegenstände hingab. Sie rissen die Bilder von den Wänden, zertrümmerten Spiegel und Kunstgegenstände, unter denen sich auch die Büste Lenins befand. Selbst die elektrische Leitung wurde zerstört. Nur die Büchersammlung wurde einigermaßen verschont. Die Szene dauerte nur fünf Minuten, als sich auf einen Pfiff des Anführers hin die ganze Bande zurückzog, ohne daß die Polizei eingeschritten war. Die Polizei wurde von dem Ueberfall benachrichtigt und hielt einen Lokaltermin ab. Da die Angreifer jedoch nicht bekannt sind, konnte bisher zu keiner Verhaftung geschritten werden.

Die neue Irak-Regierung

London. Das neue Kabinett des Irakgebietes ist nach Berichten aus Bagdad gestern durch Abdul Muhsin Beg gebildet worden, der neben dem Ministerpräsidium auch das Außenministerium übernimmt. Das Verteidigungsministerium ist noch nicht besetzt. Wahrscheinlich wird es durch einen Deputierten der Kurden übernommen werden. Ein großer Teil der Minister gehörte bereits dem früheren Kabinett an. Der neue Ministerpräsident erklärte gegenüber dem Vertreter der „Times“ in Bagdad, daß sich sein Kabinett nicht auf politische Fragen, sondern auf ein Schema zur Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Landes konzentrieren werde. Niemand erwarte, daß die Frage der allgemeinen Dienstpflicht erneut von entscheidender Bedeutung werde, aber es sei möglich, daß die Regierung diese Frage einer Volksabstimmung überlassen werde. Einer der ersten Schritte des Ministerpräsidenten wird die Auflösung des Parlaments am Montag und die Durchführung von Neuwahlen sein, um sich eine zahlenmäßige Mehrheit in der Kammer zu sichern.

Das Schicksal Trotzkis

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, soll Trotzki zum außerordentlichen Mitarbeiter des Staatlichen Verlages bestimmt worden sein. Die Frage der Herausgabe von Erinnerungen sei für Trotzki negativ entschieden worden. Pjatakow werde heute Moskau verlassen, um sich nach Australien zu begeben. Das politische Büro hat am Mittwoch den Bericht des Chefs der G. P. U. behandelt. Die Maßnahmen gegen die Opposition werden vom Politischen Büro bestätigt.

Die Untersuchung der Reparationsbetrügereien

Paris. Die Untersuchung in der Angelegenheit der Betrügereien auf Reparationskonto nimmt ihren Fortgang. Sie wurde nunmehr auch auf Chartres, Meaux und Reims ausgedehnt. Nach Mitteilungen des Finanzministeriums soll durch die Angelegenheit ausschließlich der französische Staat geschädigt worden sein. Die Schätzungen über den Erfolg der Betrügereien gehen weit auseinander. Die Angaben schwanken zwischen 40 und 400 Millionen Franken. Bei den in Betracht kommenden Geschäftsleuten und Geschäftshäusern wurden zahlreiche Dokumente beschlagnahmt. Einem Abendblatt zufolge sollen ähnliche Operationen auch in Belgrad stattgefunden haben und Ende November des vorigen Jahres der französischen Regierung mitgeteilt worden sein. Doch habe man ihnen damals noch keine große Bedeutung beigemessen.

Liquidierung des amerikanisch-mexikanischen Oelstreites

Neuyork. Der amerikanische Gesandte in Mexiko hat der Washingtoner Regierung mitgeteilt, daß ihm von seiten der mexikanischen Regierung das abgeänderte Oelgesetz vorgelegt worden sei. Der Oelstreit zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten kann nunmehr als erledigt gelten.

Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen

Berlin. Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind Donnerstag in Warschau wieder aufgenommen worden. Es handelt sich nunmehr um Verhandlungen von Delegation zu Delegation, die nur während der Weihnachtsfeiertage unterbrochen waren. Für die Verhandlungen ist zunächst wesentlich die Klärung der Frage, ob Polen seine Zölle, wie das angekündigt worden war, valorisieren will oder nicht. Auch eine offiziöse polnische Auslassung hatte über diesen Punkt noch keine Klarheit verschaffen können. Die Auslassung sprach von einer Umrechnung der Zölle, die, wenn nicht noch Erläuterungen folgen, nur als eine Valorisierung verstanden werden kann. Von der Klärung dieser Frage hängt wesentlich der Fortgang der Verhandlungen über die einzelnen Zollpositionen ab.

Im übrigen glaubt man an Berliner zuständiger Stelle die Verhandlungen mit einem Optimismus verfolgen zu können, warnt jedoch vor übertriebenen Hoffnungen bezgl. des Zeitpunktes ihrer Beendigung. Die Verhandlungen werden gewiß noch Monate dauern. Ihr Ziel ist bekanntlich, ein sogenannter kleiner Handelsvertrag, der zwar nicht alle Punkte des deutsch-polnischen Handels- und Wirtschaftsverkehrs umfaßt, aber doch die wichtigsten Punkte des gegenseitigen Einfuhrinteresses sowie die Niederlassungs- und Konzessionsfrage regeln soll.

Landeskonferenz der deutschen Sozialdemokraten in Ungarn

Budapest. Im Rahmen des sozialdemokratischen Parteitages hat auch eine Landeskonferenz der deutschsprachigen Sozialdemokraten stattgefunden. Dr. Danneberg überbrachte die Grüße der österreichischen Sozialdemokraten, Van Roosbroek die der belgischen Sozialdemokraten. Die deutsche sozialdemokratische Partei der Tschechoslwakei hatte ein Begrüßungsschreiben gesendet. Als Referent hob Abgeordneter Malasits die Schwierigkeiten hervor, mit denen die deutschen Sozialdemokraten schon wegen des Mangels an deutschen Schulen zu kämpfen haben. In einer längeren Debatte wurde die Notwendigkeit der Schaffung eines Parteiorgans hervorgehoben. Der anwesende Vertreter der Parteileitung versprach, daß er in der Parteileitung wärmstens dafür eintreten werde, diesem Mangel abzuhelfen. Schließlich wurde ein zehngliedriger Ausschuß gewählt, dem Vertreter der Budapester und der Provinzorganisationen der deutschsprachigen Sozialdemokraten angehören.

Antifaschistische Propaganda der italienischen Sozialisten

Paris. Der Parteitag der italienischen Sozialisten in Marseille hat unter Vorsitz des früheren italienischen sozialistischen Abgeordneten Amdedo seine Beratungen beendet. Der Parteitag nahm eine Entschließung an, die eine kräftige antifaschistische Propaganda in allen den Ländern vorsieht, in denen sich italienische politische Flüchtlinge aufhalten.

Um den Wirtschaftsfrieden in England

London. Im Burlington-Haus tritt heute die erste industrielle Konferenz zusammen, die der Herstellung des Wirtschaftsfriedens in England gilt.

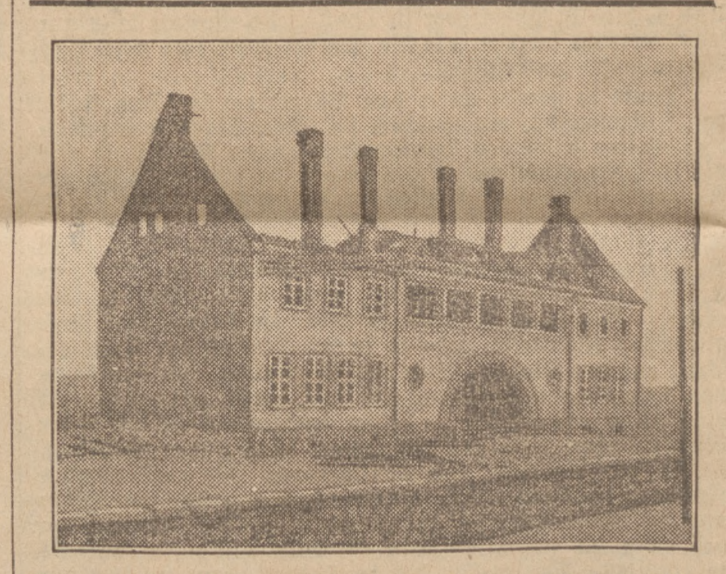
Die Arbeitgebergruppe, die von Sire Alfred Mond geführt wird, hat seit Einleitung der Verhandlungen über die Herbeiführung einer grundlegenden Aussprache mit den Vertretern der Arbeitnehmer erheblich an Anhang verloren. Die heutige Konferenz hat keinen Vergleich in der Geschichte der englischen Industrie, da die einzige ähnliche Konferenz, die im Jahre 1919 von der Regierung einberufen wurde und an der 500 Vertreter der Arbeiterschaft und 300 der Arbeitgeber teilnahmen, von politischen Erwägungen geleitet war, während reine Wirtschaftsfragen zur Erörterung stehen. Auf der Konferenz werden vor allem die folgenden Fragen erörtert werden: Wie kann eine Prosperität der britischen Industrie erreicht werden und wie kann den Arbeitern eine Teilhaberschaft eingereicht werden, die ihnen vollen Anteil an der Verantwortlichkeit wie an den Ergebnissen der industriellen Unternehmung sichert? Beide Fragen sind in dem Brief der Arbeitgeberorganisation, der die Anregung zu der heutigen Konferenz enthielt, nur angedeutet worden: In dem Brief wurde u. a. der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer größer seien als die offensichtlich divergierenden Interessen. Der Erfolg der Konferenz wird daher davon abhängen, ob es gelingt, dieser allgemeinen Fassung eine praktische Form zu geben. Von der heutigen Zusammenkunft kann allerdings kaum sehr erwartet werden als eine Feststellung der Position der beiden Parteien. Das vom Generalrat der Gewerkschaften eingesetzte Unterkomitee wird heute vormittag dem Generalrat über seine Arbeiten Bericht erstatten. Der wahrscheinliche Gang der heutigen großen Konferenz wird sein, daß von beiden Seiten Erklärungen abgegeben werden, die eine Art Arbeitseinstellung für die nächste Zeit schaffen sollen.

Die Zaleski-Rede läßt Moskau kühl

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, widmen die „Iswestija“ der letzten Rede Zaleskis einen Leitartikel, in welchem es heißt, daß diese Rede nichts Neues gebracht habe. Seine Erklärungen über Rußland brächten kein neues Element in die russisch-polnischen Beziehungen. Der russische Standpunkt in der Frage der Errichtung einer polnischen Vorherrschaft in Osteuropa sei unverändert: die Sowjetregierung weigere sich, irgendwelche Verhandlungen aufzunehmen, die sich auf Kollektivverträge bezögen.

Unsichere Lage in Kanton

Hongkong. Durch die Konzentration der Truppen des Generals Tschangfakwei im Flußgebiete östlich von Kanton wird die Verbindung Kantons mit der Küste ernstlich bedroht. Abgesehen hiervon ist die Stellung des gegenwärtigen Machthabers in Kanton, Litschischen auch von innen heraus gefährdet. Die Kantonregierung, die kaum über die nötigsten Barmittel verfügt, hat in Nanking bislang finanziell wenig Gegenliebe gefunden. Dort wird zur Zeit mit der Kaufmannschaft wegen Auflegung einer Anleihe in Höhe von 10 Millonen Dollar verhandelt. Die Kaufmannschaft will indessen nur dann ihre Zustimmung geben, wenn man verspricht, die Kommunistischen Gewerkschaften aufzulösen.



Das abgebrannte Heim der schlesischen Arbeiterjugend in Striegau (Schlesien)

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

14)

Hinter der Logenreihe zog sich leuchtend der äußere Kreis der Lampen; dahinter lagen die Bars. Eben erhoben sich vom Tische der Gräfin Bunin ein paar der jungen Damen — vielleicht auf ihr Geheiß. Er schlenderte an der Loge vorüber; die Gräfin lächelte ihm entgegen. Er lächelte zurück und blieb stehen. Die Gräfin, mit der völligen Sicherheit der großen Dame, sagte langsam und akzentuiert, als ob sie seinem Französisch nicht allzuviel zumuten wolle: „Ihre Einsamkeit macht mich traurig, mein Herr. Ich will Ihnen erlauben, sich eine Viertelstunde zu mir zu setzen.“

Er machte eine Verbeugung. Sie wies auf den Platz an der Schmalseite des Tisches. Der Kellner, der fast ausschließlich zu ihrer Bedienung hierzusein schien, stellte bereits ein neues Glas vor Ove auf und schenkte ein. Die Gräfin schob ihm die Zigaretten hinüber.

Er erhob das Glas und blickte ihr ins Gesicht. Das also war die Frau, der er sein Schicksal verdankte — wahrlich: ihre Fäden reichten weit! Um ihretwillen hatte man Helene Wassiliew verhaftet, um ihretwillen war er zum Verräter an seinem Amt geworden.

„Nun, mein Herr?“ fragte die Gräfin in ihrem dunklen, fremdländischen Französisch.

Er gab sich einen Ruck. Es war nicht seine Art, um die Dinge herum zu sprechen — und wenn er es versucht hätte, so wäre es ihm bestimmt mißlungen. Er mußte es, selbst wenn es riskant war, mit der Wahrheit versuchen.

„Ich komme aus einem bestimmten Grunde“, sagte er leise. „Es handelt sich um eine Dame Ihrer Bekanntschaft.“

„Ah,“ nickte sie strahlend, „dachte ich mir's doch! Welche soll es denn sein? Die Rotblonde, die dort drüben mit dem Gigolo spricht? Oder die Schwarze, die hier vorübertanzt? Man sagt, die Gegensätze ziehen sich an — nein?“ Sie kam in Eifer: in den Eifer der alternden Frau, die in der Liebesintrige eine letzte Möglichkeit eigenen Liebeserlebens sucht... „Oder soll es die Hellblonde sein, die eben die Treppe hinuntergeht? Sie ist die Freundin des jungen Citroen. Wenn ich sie rufe, wird sie kommen, mein Herr.“ Und indem sie einen zärtlichen Blick in sein Gesicht warf, fügte sie hinzu: „Für Sie täte ich alles!“

Er schüttelte verwirrt den Kopf. Die Gräfin, wie um den Unschlüssigen zu überrumpeln, winkte eine, kleine, zarte, sammethäutige Pariserin heran, die zu Oves Erstaunen plötzlich vor ihm stand; aber sein Erschrecken war so unverkennbar, daß sie sich gekränkt abwandte und tieftraurig zum Büfett ging.

„Nun, mein Herr — Sie sind recht wählerisch, wie es scheint!“

Ove blickte an ihr vorüber und tat einen tiefen Atemzug. Dann sagte er:

„Sie kennen eine Helene Wassiliew...“

„Oh! la! la!“ Die Gräfin schob ihren Stuhl zurück und hob das Lorgnon an die Augen. „Helene Wassiliew? Nein, mein Herr. Helene Wassiliew steht nicht in meinem Notizbuch. Sie müssen...“

Entsetzt unterbrach er sie:

„Sie haben mich mißverstanden!“

Sie blickte ihn an. Mit einem Schlage war das Lächeln aus ihrem Gesicht verschwunden. Und während sie das Lorgnon zusammenklappte, fragte sie fast mit geschlossenen Lippen:

„Sie sind von der Polizei?“

Er schüttelte den Kopf mit einem Gesicht, das fast wehmütig war, so, als ob er ein unverdientes Kompliment zurückweise.

Die Gräfin sah ihn schweigend an; in ihren Augen, deren Farbe man nicht definieren konnte, stand starres Mißtrauen. Erst jetzt erkannte er die verhaltene Lebenskraft, die unter dem verliebten Getändel dieser alternden Frau lauerte; vielleicht war alles dies, die Erotik, der Sekt, dieser Raum, nur Maske, nur Maskierung — und jene andere Welt ihre eigentliche und wirkliche?

„Dann muß ich Sie bitten,“ sagte sie mit leiser gleichförmiger Stimme, der man es anhörte, daß jedes Wort überlegt war, „dann muß ich Sie bitten, mir einige Erklärungen zu geben.“

„Was wollen Sie wissen?“

Sie zuckte die Achseln. „Alles. Oder nichts. Wie Sie wollen. Es liegt in Ihrer Hand.“

Er verstand, was sie meinte: wenn er sie zum Reden bringen wollte, so mußte er zuerst sprechen. Vor den klugen Augen dieser Frau gab es keine Täuschungen, keine Halbheiten, keine Verdrehungen. Er entschloß sich, ihr alles zu gestehen.

Und er erzählte. Daß er der Assessor Ove Jens Boye aus Kopenhagen sei. Daß man Helene Wassiliew verhaftet habe; daß er, von ihrer Erscheinung bezaubert, überwältigt, bis zur Sinnlosigkeit verwirrt, mit ihr geflohen sei. Und daß sie ihn verlassen habe. Und nun müsse er sie suchen, um sich... um sich... Sie sah ihn an, und er verstummte.

Ein paar der jungen Damen kamen in einer Tanzpause, tranken Sekt, lächelten ihm zu. Die Gräfin stellte ihn vor, sagte ein paar Worte Argot, deren Sinn er nicht verstand; sie sahen ihn forschend an; aber Helenes Name war nicht gefallen, er hatte darauf geachtet. Dann blieb er wieder allein mit der Gräfin.

„Wie gefällt Ihnen das Moulin Rouge?“ fragte sie lächelnd. „Ist es nicht grandios? Es ist die berühmteste Tanzstätte der Welt, mein Herr. Alle Könige Europas haben hier ihre Liebesaffären gehabt; sogar ein paar sehr ernste und schicksalsreiche sind darunter.“

Er nickte und erklärte, daß er schon seit Jahren den Wunsch gehabt habe, das Moulin Rouge zu sehen.

„Und dann: diese Internationalität! Das ist der schönste aller Vorzüge des Moulin Rouge: daß hier die ganze Welt sich ein Rendezvous gibt. Ich hasse Menschen, die auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmt Nation pochen. Dieser Appell an eine Gemeinschaft ist in Wahrheit nichts als das Eingeständnis der eigenen Bedeutungslosigkeit. Hier, mein Herr — hier herrscht die Frau — und alle Nationen kommen, sie anzubeten. Der Mann, den Sie dort drüben sehen — der mit dem schwarzen Schnurrbart — ist ein Deserteur der spanischen Strafkolonie Ceuta; er hat mir erzählt, daß er in einer stürmischen Nacht durch die Meerenge von Gibraltar geschwommen ist, verfolgt von den Spaniern, von den Engländern — von den Franzosen. Eine Woche lang hat er in einem Brunnen gekauert, weil man ihn suchte, mit Flinten, mit Hunden, wie ein wildes Tier. Er hatte ein Guthaben beim Credit Lyonnais in Paris; und der einzige Gedanke hat ihn aufrechtgehalten, während er zerlumpt durch ganz Frankreich gewandert ist: wenn du Paris erreichst, bist du gerettet. Dann ist er zusammengebrochen und hat drei Tage lang ununterbrochen geschlafen; in seinem Hotel haben sie geglaubt, er habe sich vergiftet. Jetzt entschädigt er sich für die Strapazen; sehen Sie, wie nervös es sich umsieht? Er wird die Erinnerung an die Verfolger nicht mehr los. Der Herr, der hier unten sitzt, der mit dem blauschwarzen Haar, ist ein Brasilianer, der nach Monte Carlo gegangen war, mit einem unfehlbaren System.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der Teilstreik in den Hütten beigelegt

Die oberschlesische Arbeiterschaft ist bei der Ueberleitung zum Achtstundentag sehr stark in Anspruch genommen worden. In verschiedenen Hütten wie Friedenshütte, Hubertushütte, Bismarckhütte, kam es zu kleineren Stillegungen, weil die Ueberführung zum Achtstundentag nicht so vor sich ging, wie es selbst die Regierungsbekanntmachung vorgeschrieben hat. Ganz besonders die Betriebe, die nach der Bekanntmachung zum Achtstundentag übergeleitet werden sollten, wurde zur Sabotage der Arbeitgeber provoziert, aber auch diejenigen Betriebe, die vor dem Kriege 8 Stunden hatten, sollten mit dem 2. 1. den Achtstundentag wiederbekommen. Die Verordnung vom Juli 1924 hatte nämlich ausdrücklich im § 2 bestimmt, daß Betriebe die vor dem Kriege 8 Stunden hatten nicht unter die Verlängerung der Arbeitszeit fallen. Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen schweren Verhältnisse ist es in manchen der Betriebe dazu gekommen, daß die Arbeitszeit gleich den anderen Industriezweigen auf 10 Stunden verlängert wurde. Nachdem nun bei der Ueberleitung die Arbeitgeber sich weigerten diese Betriebe überzuleiten, hat als aber die Bohrrohrdreherei der Bismarckhütte, die dazu gehörte, zu dem letzten Mittel, zum Streik gegriffen. Der Betrieb, der 90 Prozent organisiert ist, hat diesen Streik mit aller Ruhe und Sachlichkeit geführt. (Daran können sich alle Arbeiter ein Beispiel nehmen). Nach Verlauf von einigen Tagen hatte man allerdings feststellen müssen, daß man diese diszplinierte Arbeiterschaft mit anderen Mitteln mürbe machen wollte. Kommunistische Flugblätter in geringer Zahl wurden dort verbreitet und es berührt sehr eigentümlich, daß die Generaldirektion als Erste, ein solches Flugblatt erhalten hat. (Von wo aus ist dies gegangen?) Die Arbeiterschaft ließ sich von den Dingen zwar nicht leiten, sondern bei der stattgefundenen Versammlung gab sie einstimmig eine Erklärung ab, die dahingeht, daß sie hinter den Gewerkschaften steht und sich von keinem Außenstehenden beirren lassen wird. Sie werde stets dafür eintreten, daß die Gewerkschaften in all den Fragen auch bei der Ueberleitung mit voller Gleichberechtigung vertreten sein dürfen und lehnen es ab, mit irgendwelchen politischen Parteien in Verbindung zu treten. Der Kampf den sie führen ist ausschließlich um die Erringung des Achtstundentages, im gemeinsamen Wirken mit der Tarifgemeinschaft. Durch diese Erklärung werden wohl die Inspiranten die notwendige Antwort erhalten haben.

Die Gewerkschaften mit den Betriebsräten haben am 12. mit der Generaldirektion der Bismarckhütte verhandelt und nach ausgiebiger Auslegung der Rechtslage hatte man sich auf nachstehende Protokollfassung geeinigt. Die Arbeiterschaft der Bohrrohrdreherei nimmt am 12. d. Mts., abends zur Nachtschicht die Arbeit wieder auf. Die Verwaltung der Bismarckhütte enthält sich jeglicher Maßregeln. Die Gewerkschaften werden im Laufe der nächsten Woche spätestens bis zum 21. d. Mts., über die Wiedereinführung des Achtstundentages mit der Generaldirektion verhandeln.

Das dürfte wohl den besten Beweis für einen gewerkschaftsgeschulten Arbeiter geben, denn durch die Disziplin und restlose Orientierung werden die Bohrrohrdreher der Bismarckhütte ihren Achtstundentag erkämpfen. Auch anderen Hütten sind die Teilstreiks beigelegt worden.

Die Lohnverhandlung im Bergbau

Ablehnende Stellungnahme der Arbeitgeber — Mißachtung der Betriebsräte und der Arbeiter-Gewerkschaften

Wie es vorauszusehen war, werden die Lohnverhandlungen eine harte Nuß bei der Arbeiterschaft bedeuten, denn die Arbeitgeber stellen sich bockbeinig wie nur je. Daß die Lebensweise unserer Bergarbeiter die miserabelste ist, braucht nicht erst betont zu werden, daher haben die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Gewerkschaften den bisherigen Tariflohn gekündigt und neue Forderungen gestellt und zwar:

1. Eine 25 prozentige Lohnerhöhung,
2. Gleichstellung der Löhne in beiden Revieren,
3. Arbeitszeitregelung, (wie das früher war),
4. Klassifizierung der Tagearbeiter,
5. Besserstellung der Arbeiter beim Berge- resp. Schlammversatz.

Wie bei jeder Lohnverhandlung, so kamen die Arbeitgeber auch bei der gestrigen Verhandlung mit ihren alten Dogmen an den Verhandlungstisch heran. Sie behaupten, daß während des langandauernden englischen Bergarbeiterstreiks es unserer Kohlenproduktion möglich war, Absatzgebiete wie in Dänemark und den Baltischen Staaten zu erhaschen, heute aber England die Absatzgebiete wieder eins nach dem anderen zurückerobert und wir bleiben immer mehr zurück. Sollte das so weiter gehen, dann ist an eine Lohnerhöhung nicht zu denken. Auch auf eine Gleichstellung der Löhne im Plesser- und Rybniker-Revier, mit denen der Zentralreviere, kann gar nicht gedacht werden, weil in den beiden letzten Revieren viel Kohlenstaub vorhanden vorhanden ist, die Kohlenwäschen und andere besondere Einrichtungen viel kosten. Nicht 5 resp. 6 Prozent, aber mindestens um 10 Prozent müssen hier die Löhne gegenüber dem Zentralrevier betragen. Auch muß das in Erwägung gezogen werden, daß im Plesser-Rybniker-Revier nur 20 Prozent in Werkshäusern und 80 Prozent in eigenen Häusern ganz billig leben können, die Behauptung der Organisationsführer, daß auch in diesem Revier dieselbe Teuerung herrscht, trifft, nicht ganz zu. Auch bei den anderen Punkten versuchten die Arbeitgeber ihren kapitalistischen Standpunkt zu behaupten, indem sie mit ihrem statistischen Material beweisen wollten, daß sie allein im vollen Rechte sind. (Wenn diese Statistiken immer nur die richtigen wären). Wenn man die Jahresstatistik des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins in die Hand nimmt, so kann man dort etwas anderes herausfinden, wenn man die ganze Montanindustrie und die Jahresprofite unter die Lupe zieht. Des weiteren hat man die Klassifikation der Förderleute besprochen und von Arbeitgeberseite hatte man beweisen wollen, daß im Monat Juli 1927 in der höchsten Entlohnungsklasse 60,54 Prozent der Förderleute hatte, deren Verdienste 5,20—5,73 Zloty pro Arbeistag betrug. Dasselbe gilt es bei den Tagearbeitern, wo die Arbeiter bei einer verkürzten Areitszeit anders klassifiziert und eine Anzahl in eine niedrigere Areitsstufe eingeteilt werden müßten, was mit einer Lohnkürzung gleichbedeutend ist. Die Teuerung nach der kapitalistischen Berechnung stieg seit dem englischen Bergarbeiterstreik nur um 20 Prozent und die Bergarbeiterlöhne um 52 Prozent. (Wer lacht nicht darüber?) Wenn die Löhne gestiegen sein sollten, wie es die Arbeitgeber behaupten, dann wäre das nur auf die Mehrarbeit, die vielen Ueberschichten usw. zurückzuführen. Wir sind doch schon über die Friedensförderung prozentual der Zahl der Arbeiter hinaus.

Was denkt man in Arbeiterkreisen über die Betriebsräte? — Als am 23. Juli 1925 der Förderbetrieb auf der Neu-Przemsagrube eingestellt wurde, sagte Bergwerksdirektor Bussel, kamen die Betriebsräte an die Bergverwaltung mit der Bitte, diese Grube wieder in Betrieb setzen zu wollen. Die Belegschaft will unter dem Tarif arbeiten, um nur Arbeit zu haben. Des weiteren sagte derselbe Herr, daß im Falle, daß die Gewerkschaften ihre Forderungen durchsetzen sollten, er diese auf seiner Zeche nicht anerkennen werden. Er wird sich schon mit seinen Betriebsräten und seiner Belegschaften zu verstehen wissen. So denken die Arbeitgeber.

Aus diesen Aeußerungen allein sollten die Bergarbeiter verstehen, wohin die Reise geht, zu einer vollständigen Entrechtung der Bergarbeiterschaft. Die Bergarbeiterorganisationen bemühen sich mit allem Nachdruck der Ausbeutung und Entrechtung der Bergarbeiter entgegenzutreten, aber wo sind heute die Bergarbeiter? — In der Revolutionszeit, wo so alle Rechte ohne Kämpfe eingeführt wurden, da hatten unsere braven Kumpels den Mund voll genommen und die unmöglichsten Sachen von den Organisationen verlangt. Heute duckt sich ein jeder früherer Großschreier und leckt die Tatzen des Großkapitals, die ihn zerdrücken wollen. Also heraus aus dem Schlaf ihr Kumpels der Unterwelt!

Unter solchen Umständen kam es bei der gestrigen Verhandlung zu keinem Resultat, trotzdem sie mehrere Stunden dauerte. In der nächsten Woche soll weiter verhandelt werden. Auch diesmal wurden einige Betriebsräte zu den Verhandlungen hinzugezogen wie das früher immer der Fall war. Diese konnten sich überzeugen, daß die Verhandlungen nach dem englischen Bergarbeiterstreik um vieles schwieriger geworden sind. Zu bemerken sei es noch, daß eine Lohnerhöhungsfrage, sowie Verkürzung der Arbeitszeit seitens der Arbeitgeber abgelehnt sind, auch die Gleichstellnug der beiden Kohlenreviere. Darüber wird müssen eine weitere Instanz endgültig entscheiden. Im Fachausschuß soll nächste Woche die Frage der Schichtarbeiter und die Frage der Versatzarbeiter besprechen und zwar wurde die Verhandlung auf Donnerstag angesetzt.

Die Arbeit der Ueberleitungskommission

Das der Arbeitgeber nicht von selbst der Verkürzung der Arbeitszeit Rechnung trägt dürfte jeder oberschlesische Arbeiter wissen. Die eingeleitete Aktion vom 23. 11. v. Js., hatte dafür den besten Nachweis geliefert. Die Gewerkschaften mit den Betriebsräten haben sich aller Mühe unterzogen und keine Wege gescheut um der Arbeiterschaft das Aeußerste von dem Möglichen bei der Ueberleitung zu erreichen. Immer war es der Arbeitgeberverband mit seinen einzelnen Vertretern, die den größten Widerstand leisteten.

Durch Vermittlung der Regierung ist es schließlich dazu gekommen, daß an Ort und Stelle die Arbeiter festgestellt werden, die unter die Bekanntmachung vom 23. 12. v. Js. fallen. Die Kommission bei der die Gewerkschaften tatkräftig mitgewirkt haben ist unter Leitung des Herrn Ing. Gallot und Maske in den Hütten wie Bismarckhütte, Friedenshütte, Falvahütte, Ferrum, Baildonhütte und einigen Metallhütten gewesen. Dabei hat die Kommission festgestellt, daß der Arbeitgeber mit allen Mitteln versucht, Arbeiter die bestimmt zum Achtstundentag übergeleitet werden sollen, auszuschalten. Beispiele wollen wir hier nicht anführen, aber in einer ganzen Anzahl von Fällen muß die Auslegung der Verordnung der Kommissar nach Feststellung mit den Gewerkschaften vornehmen. In der Königshütte, Hubertushütte, Marthahütte und der Rest der Metallhütten erfolgt die Festlegung weiter. Das Endergebnis dieser Arbeit durch die Kommission, die ununterbrochen vom morgens bis spät abends tätig ist, wird durch den Regierungsvertreter im Anfang nächster Woche bekannt gegeben. Die Betriebsräte werden also Anfang nächster Woche die Arbeit fortsetzen müssen und Fälle, die nicht nach der Auslegung des Demobilmachungskommissars übergeleitet worden sind, umgehend zur Ueberleitung von der Verwaltung fordern oder den Regierungsvertreter davon benachrichtigen.

Chorkonzert der Freien Sänger Siemianowitz

Am Sonntag, den 15. Januar, veranstalten die Freien Sänger im Saale des Herrn Generlich in Siemianowitz ein großes Chorkonzert, unter Mitwirkung der Freien Sänger aus Königshütte und Schwientochlowitz. Als Solisten sind gewonnen worden: Herr Prof. Dr. Lubrich, Dirigent des Meisterschen Gesangvereins (Klavier), Herr E. Zipser (Tenor), Herr G. Rittner (Baß); Instrument: Bechstein-Konzertflügel von E. Wittor-Katowice. Die Vortragsfolge umfaßt gemischte Chöre von Beethoven, Mozart, Mendelssohn-Bartholdy, Bruck, Löwe, Ladner, Utheman und Ehrlich; Klaviervorträge von Joh. Brahms, sowie Sololieder von Bruck, F. Schubert, E. Grieg und R. Strauß. Die Leitung liegt in den Händen des bewährten Dirigenten Herrn Gymnasiallehrer Lothar Schwierholz, Katowice. Vorverkauf vom 12. Januar ab in der Buchhandlung des Herrn Ludwig und im Zigarrenhaus des Herrn Kostka in Siemianowitz. Preise der Plätze von 1—3 Zloty. Anfang 4 Uhr nachm.

An die Betriebsräte der Eisen- und Metallhütten

Entsprechend dem letzten Beschluß vom 28. 12. v. Js., wird für Dienstag, den 17. d. Mts., vormittags 10 Uhr ein Betriebsrätekongreß der obengenannten Industriezweige nach dem Volkshaus Krol.-Huta, ul. 3-go Maja 6, einberufen. Auf der Tagesordnung ist die Frage des Achtstundentages.

Alle Betriebsräte haben mit ihrer Legitimation als Betriebsrat, sowie mit dem Mitgliedsbuch der zuständigen Organisation zur Tarifgemeinschaft sich zu legitimieren.

Die Tarifgemeinschaft.

Austritt der Klassenkampforganisationen aus der Tarifgemeinschaft

Unter dieser Ueberschrift erschien in einer der ersten Nummern d. Js., der „Gazeta Robotnicza“ eine Meldung. Ohne daß wir darauf eingehen wollen in welchem Interesse die Meldung dieser Zeitung erschienen ist, stellen wir fest, daß diese in keinem Einvernehmen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband getätigt wurde. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat bisher keine Ursache gehabt, einen derartigen Beschluß zu fassen und ist somit der Austritt der Klassenkampforganisation deutscher Richtung als unwahr zu betrachten. Der Deutsche Metallarbeiter Verband hat in diesem Augenblick viel wichtigere Dinge (Achtstundentag, Lohnausgleich, Manteltarifregelung usw.) zu erledigen, als sich mit Falschmeldungen zu beschäftigen. Gleichfalls wird festgestellt, daß auch der Deutsche Bergarbeiterverband nicht das geringste mit dieser tendenziösen Meldung zu tun hat.

Kattowitz und Umgebung

„Tiefland“.

Musikdrama in 1 Vorspiel und 2 Aufzügen nach A. Guimera von Rudolf Lothar. — Musik von Eugen d'Albert.

Die Vorgänge und Geschehnisse dieses musikalischen Dramas, welche der Librettist einem spanischen Original von A. Guimera entnommen hat, sind nicht nur äußerst geschickt aufgebaut, sondern wirken auch in ihrer Tragik erschütternd zugleich, so daß der innere Eindruck des Ganzen durchaus noch lebensfähig ist. Der Komponist d'Albert, hat durch seine hierzu geschaffene Musik gleichfalls bewiesen, daß er die sogenannte „große Oper“ vorzüglich umzugestalten vermag und daher bahnbrechend auf dem Gebiete des Musikdramas zu nennen ist. Seine Untermalung ist von wunderbarer, packender Stilistik getragen und, angefangen von der Ouverture bis zum letzten Ton des Werks, steigert sich zusehends in der Wirkung. „Tiefland“, das jetzt 25 Jahre über die Bretter geht, erfreut sich stets da, wo es erscheint, einer außerordentlichen Beliebtheit.

Im Allgemeinen kann der gestrigen Aufführung Anerkennung gezollt werden: Felix Oberhoffer verstand es ausgezeichnet, aus dem Orchester alles herauszuholen, um einen vollen Erfolg zu erzielen. Ferner gebührt Hermann Haindl, dem vorzüglichen Bühnenbildschöpfer, ein volles Lob. Die Szenerie, insbesondere die Phyrenäenlandschft, war meisterhaft. In der Rolle der Marta sehen und hörten wir Rema Backhaus, die mit ergreifendem Spiel das Los dieses gequälten Weibes wiedergab und gesanglich wie stets auf blendender Höhe stand. Abgesehen von der etwas störenden Fülle der Figur, ist diese Leistung durchaus als „glänzend“ zu bezeichnen. Ludwig Epple als Pedro gab sich enstliche Mühe, den Anforderungen seiner Aufgabe gerecht zu werden. Wenn man auch in stimmlicher Beziehung noch manche Unebenheiten zu rügen hätte, so steht das Eine aber fest, daß durch fleißige Selbstarbeit hier langsam, aber sicher ein tüchtiger Sänger heranreifen wird. Nicht ganz so im Spiel. Mehr Natürlichkeit vor allen Dingen und mehr Ausgeglichenheit der Bewegungen! Dieser Pedro litt in der Tat an gezwungenem Wesen, was sich selbstverständlich auch im Singen bemerkbar machte. Hoffen wir, daß Herr Epple, dessen Anlagen und Stimme zu guten Hoffnungen berechtigt, seine leichten Fehler bald ablegt. Ein sehr treffender Sebastiano war Wolfgang Ritz, dessen Spiel und Stimme nichts zu wünschen übrig ließ. Gustav Adolf Knörzer verkörperte den alten Tommaso in jeder Hinsicht passend und zeigte sich auch

Wer darf wählen?

Zum **Sejm** wählt jeder polnische Staatsbürger, der am 5. Dezember 1927 das 21. Lebensjahr vollendet hat und sein Name in den Wählerlisten aufgeführt ist.

Zum **Senat** ist wahlberechtigt jeder polnische Staatsbürger, der am 5. Dezember 1927 das 30. Lebensjahr vollendete und sein Name in den Wählerlisten steht.

Zum Einspruch gegen das Fehlen in den Wählerlisten genügt Verkehrskarte und Militärausweis.

Börsenkurse vom 13. 1. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	= 8 91¾ zł
		frei	= 8.93 zł
Berlin	100 zł	=	47.003 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	212 75 zł
	1 Dollar	=	8.91¾ zł
	100 zł	=	47.093 Rmk.

wieder stimmlich recht angenehm. Hermann Schöttge (Nando) und Erich Lux (Moruccio) waren im Ton etwas schwach. Sehr nett sang und spielte Dora von Pachmann die kleine Nuri. Die drei Müllermägde (Kleinke, Eis, Redlich), waren am richtigen Platze. Alle übrigen Mitspielenden mögen ein Gesamtlob entgegennehmen. Die Chöre klappten gut.

Das gut besetzte Haus, spendete reichen Beifall, besonders am Schluß. Aber das Zuspätkommen und voreilige Klatschen, können sich sogar Opernbesucher nicht abgewöhnen. Was verlangt man da vom Operettenpublikum? A. K.

Aenderungen innerhalb der Wahlbezirke. Der Magistrat in Kattowitz gibt weitere, inzwischen erfolgte Aenderungen in einzelnen Wahlbezirken bekannt. Zum Wahlbezirk 16 (Wahllokal: Restaurant Paul Wrobel, ul. Mikolowska 17) wird neuerdings die ulica Koszarowa zugezählt. Im Wahlbezirk 35 gilt vom Tage der amtlichen Veröffentlichung ab, d. i. vom 11. Januar, als Wahllokal sowie Amtslokal der dortigen Bezirks-Wahlkommission die Turnhalle in der Volksschule im. Juljusza Slowackiego, während vorher als Wahllokal usw. das Restaurant Altholz auf der ul. Wojciechowskiego 79 im Ortsteil Zalenze angegeben wurde.

Mannschafts-Nachmusterung. Für alle militärpflichtigen Mannschaften der Jahrgänge 1885 bis 1902, die aus irgendwelchen Gründen ihr Militärverhältnis noch nicht geregelt haben, ist in den Räumen der P. K. U. (Bezirkskommando) in Kattowitz, ul. Marjacka (Holtzestraße) 19 eine Nachmusterung angesetzt worden, welche am Mittwoch, den 25. Januar d. Js., stattfindet. Die in Frage kommenden Personen — es handelt sich um Militärpflichtige, welche innerhalb der Großstadt Kattowitz wohnhaft sind — müssen sich an dem genannten Tage, pünktlich um 8 Uhr morgens, beim Bezirkskommando einfinden. Zwecks Vornahme der Registrierung erweist es sich überdies als notwendig, daß rechtzeitig und zwar vor dem vorgenannten Termin eine Anmeldung beim städtischen Militärbüro im Rathaus Bogutschütz, Zimmer 19, erfolgt, woselbst eine entsprechende Bescheinigung ausgestellt wird. Weitere Informationen werden den Militärpflichtigen bei der Nachmusterung durch die P. K. U. erteilt.

Allgemeiner freier Angestelltenbund. Die Ortsgruppe Kattowitz des Allgemeinen freien Angestelltenbundes veranstaltet heute am Freitag, den 13. Januar, abends 7½ Uhr, im Saale des Bundeshauses Kattowitz, August-Schneiderstraße 8, ihre fällige Monatsversammlung. Neben der Besprechung über ein zu veranstaltendes Faschingsvergnügen wird ein Referent über das „Neue Angestelltenversicherungsgesetz“, welches am 1. Januar 1928 in Kraft getreten ist, gehalten werden. Die Mitglieder werden um recht zahlreichen Besuch gebeten, umsomehr, als gerade jetzt die Frage des Angestellten-Versicherung-Gesetzes sehr aktuell ist.

Deutsches Theater, Tanzgastspiel Senta Maria. Die Deutsche Theatergemeinde weist besonders auf das am Sonntag, den 15. Januar, vorm. ½12 Uhr im hiesigen Stadttheater stattfindende Tanzgastspiel Senta Maria-München hin. Die Kritik sagt von ihr: Diese Tänzerin kann technisch ungeheuer viel, hat ihren Körper einschließlich Mienenspiel vollokmmen in der Gewalt und stellt dies Rüstzeug hingebend in den Dienst eines geradezu beglückenden musikalischen Empfindens, das ziemlich einzig in der deutschen Tanzwelt dasteht. Senta Maria ist mehr als eine Tanzkünstlerin. Sie ist wahrlich eine Künderin goldklarer Kunst.“ Karten im Vorverkauf an der Kasse des deutschen Theaters, Rathausstraße, täglich von 10 bis 2 Uhr.

Aus dem Kattowitzer Stadtparlament

Einführung von Stadträten — Herr Brzeskot hat das Deutschsprechen verlernt — Die ul. Warszawska

Die erste Sitzung in diesem Jahre hatte sich das kommissarische Stadtparlament sehr leicht gemacht, begreiflich wenn man an die Anstrengungen der Weihnachts- und Neujahrstage denkt. Und zu dem kam die feierliche Einführung eines besoldeten Stadtrats und mehrerer unbesoldeter, was gewöhnlich nachträglich auch nicht ohne gewisse Mühen bleibt. Das sie nicht ausgeblieben sind, zeigte die feierliche Aufmachung der neuen Herren, die mit wenigen Ausnahmen im Bratenrock erschienen. Dem entsprechend war natürlich auch der Verlauf der Sitzung. Von der ziemlich umfangreichen Tagesordnung wurden nämlich eine stattliche Anzahl von Punkten zurückgezogen, einzelne vertagt und der Rest ohne jede Debatte angenommen, denn man schwamm, wie man zu sagen pflegt, förmlich in Butter in Erwartung aller guten Dinge, die nach der Sitzung kommen sollten. Nur Herr Brzeskot, dieses kapitale „enfant terrible“ hätte beinahe in diese ausgezeichnet friedliche Stimmung einen argen Mißton hineingebracht. Und das aus einem höchst merkwürdigen Grunde. Nicht, daß er diesmal, wie das bei ihm sonst der Fall ist, alles Mögliche und Unmögliche wie Kraut und Rüben durcheinander geworfen und genuschelt hatte, nein, diesmal hatte er etwas anderes auf seinem Kinderherzen. Ueber Nacht muß Herr Brzeskot auf alle Fälle irgend einen Gehirndefekt erlitten haben, denn steif und hartnäckig behauptete er, als die deutsche Sprache angewandt wurde, sie überhaupt nicht verstehen zu können. Ueber diese auffällige Behauptung sind selbst die wütendensten Nationalisten baff geworden und Stadtverordnetenvorsteher Dr. Dombrowski hätte fast die Sprache verloren. Zweifellos, Herr Brzeskot muß unbedingt an einer schweren Krankheit leiden und in seinem Interesse empfehlen wir ihm, sich aus dem öffentlichen Leben möglichst bald zurückzuziehen. Erstens verliert dieses dabei nichts und zweitens besteht unter solchen Verhältnissen die Gefahr, daß Pan Brzeskot womöglich auch noch die polnische Sprache, die er ja sowieso schon sehr miserabel radebrecht, verliert. Auch das wäre kein sonderlicher Verlust, aber aus menschenfreundlichen Gründen . . . . .

Sehr pünktlich eröffnete diesmal Dr. Dombrowski die Sitzung mit der sehr erfreulichen Bekanntmachung, daß die und die Punkte von der Tagesordnung gestrichen worden sind. Zweiter Bürgermeister Dr. Skudlerz führte dann den zum Stadtrat gewählten Magistratsrat Dr. Przybylla mit sehr feierlichen Worten ein; und auch der neueingeführte Stadtrat ließ es an den üblichen Redensarten nicht fehlen. Dann folgte die Einführung der unbesoldeten Stadträte und zwar der Herren Dittmer, Jankowski, Schmiegel, Jesionek, Grajek, Mendlewski, Rostek und Juchellek.

Der nächste Punkt, Festsetzung eines Tarifvertrags zwischen Magistrat und dem Kommunalangestelltenverband wurde mit einigen Abänderungen bestätigt. Vertagt wurde Punkt 4 der Tagesordnung betr. Umwandlung der durch Dr. Blume besetzten, besoldeten Magistratsratsstelle in eine besoldete Stadtratsstelle. Die Angelegenheit bezüglich Ausgemeindung verschiedener Parzellen wurde an die Grundstückskommission überwiesen. Bei dieser Gelegenheit, Stadtverordneter Schneider behandelte diesen Antrag, bemerkte Stadtverordneter Brzeskot, daß er kein Deutsch verstehe und ersuchte um Uebersetzung. Diese Aeußerung erweckte tatsächlich Befremden, aber dem Wunsche Brzeskot entsprach Dr. Dombrowski.

Für eine Position im Budget zwecks Deckung von Gerichtskosten usw. erfolgte eine Nachtragsbewilligung von 1500 Zloty.

Da die Ausgaben für die Pflasterung der Friedrichstraße einschließlich der weiteren Anschaffungen an Pflasterungsmaterial 800 000 Zloty übersteigen und bis dahin eine Summe von 600 000 Zloty bewilligt worden ist, wurde nachträglich eine weitere Summe von 200 000 Zloty gewährt. Vorläufig zurückgezogen worden ist seitens des Magistrats der Antrag auf Ueberlassung eines städtischen Grundstücks an der Ecke Kronprinzen- und Fabrikstraße an die Wojewodschaft zum Bau eines zweiten Gymnasiums. Nachträglich sind für die bereits seit vorigem Jahre fertiggestellte Ausstellungshalle im Südpark weitere 70 772 Zloty bewilligt worden. Man will sich jedoch bemühen, die von der Wojewodschaft bereits zugesicherte Summe von 35 000 Zloty Beihilfe auf insgesamt 50 000 Zloty erhöht zu erhalten.

Alsdann erfolgte die Wahl einer Grundstückskommission, die 5 Polen und 3 Deutsche als Mitglieder aufweist.

Vertagt wurde der Antrag über die Abschaffung des Statuts bezüglich Festsetzung der Anzahl der unbesoldeten Stadträte, ebenso wurde über eine Anzahl Personalfragen, die für die geheime Sitzung vorgesehen waren, diesmal nicht verhandelt, da diese Punkte von der Tagesordnung abgesetzt worden sind.

Zugestimmt wurde dem Antrag auf Ueberlassung städtischen Gebiets an die Wojewodschaft zwecks Bau von technischen Berufs- und Fachschulen unter der Bedingung, daß die Wojewodschaft in erhöhtem Maße Mittel für die Unterhaltung der höheren Schulen zur Verfügung stellt.

Zwei Dringlichkeitsanträge sahen die Wahl je eines deutschen Mitgliedes für die Bezirkswahlkommissionen 20 und 21 an Stelle von gewählten Mitgliedern vor, die die polnische Sprache nicht genügend beherrschen. Es erfolgte die Wahl und Bestätigung. Weiterhin wurde für den Wahlbezirk 32 ein Stellvertreter gewählt. Entsprechend einem weiteren Dringlichkeitsantrag schritt man zur Wahl einer Finanzkommission, die sich paritätisch zusammensetzt und vier Polen sowie vier Deutsche als Mitglieder aufweist. — Genehmigt wurde überdies die Zulasssung des Magistratsrats Posiadli zu den Sitzungen der Kommissarischen Stadtvertretung.

Zum Schluß der Sitzung wurden durch Zettelwahl zu Mitgliedern des Stadtverordnetenbüros, dann als Stadtverordnetenvorsteher Dr. Dombrowski (poln.) und als dessen Stellvertreter Syndikus Cichom (deutsch) angehören, Stadtverordneter Piechulek (poln) in der Eigenschaft als Sekretär und Stadtverordneter Schneider (deutsch) als dessen Vertreter gewählt. — Gegen ½8 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Königshütte und Umgebung

Selbstmorddebatte.

Der gütige und weise Mensch fuhr entsetzt auf. „Sie wollen sich umbringen?“ Seine Aeuglein funkelten erregt über seinen rosarunden Backen und die Pfeife war beinahe in Gefahr, aus dem Munde zu fallen. Er setzte sich wieder nieder und betrachtete, die Hände in die Hüften gestemmt, sein unglückliches Gegenüber.

Der junge, ellenlange Mensch war wie alle von Not und Schicksal Geplagten durch einen herben, ältlichen Zug gezeichnet. Seine Wangen waren bleich und eingefallen, die Bartstoppeln verliehen ihm einen verwahrlosten, trotzigen Ausdruck. Die stolze, kraftbewußte Haltung der Jugend war ihm verlorengegangen und selbst beim Sitzen hing sein Kopf und Oberkörper vor. Auf dem Tisch, nicht ganz in Reichweite, stand ein voller Aufsatz mit Gebäck und Obst. Zwischen diesem und seinem Nachbarn ging sein dumpfer Blick durch.

„Haben Sie über die Tragweite eines solchen verhängnisvollen Schrittes denn auch schon gehörig nachgedacht? Wie, Sie schweigen? Das zeugt von Ihrem jugendlichen Leichtsinn. Der Mensch denkt, solange er lebt.“

„Der Mensch hungert, solange er lebt. Lieber Herr, auch Sie haben recht, aber der Inhalt meines Denkens ist nur mein Hunger. Ich will Ihnen jedoch sogleich versichern, daß ich nicht etwa, wie Sie, nach Ihrer Logik urteilen könnten, hungere, um zu denken, sondern, daß ich hungere, weil ich nichts zu essen habe. Nach Ihrer Ansicht ist der Hunger sozusagen ein Weltenmotor, ich halte ihn eher für einen unangenehmen physischen Zustand. Da gibt es wohl nur zwei Möglichkeiten: man verwandelt den unangenehmen Zustand in einen angenehmen oder man nimmt diesen Zustand einen Gegenstand weg, man entleibt sich also, wie Sie sagen.“

„Ihre Aussagen beweisen mir Ihre völlige Unwissenheit. Sind Sie denn irgendein Fremdkörper, ein Meteor mitten unter uns allen, daß Sie nach Ihrem eigenen Sinn und Gesetz leben und sterben wollen? Millionen und Generationen waren nötig, um Sie heranzubringen, und Sie sind gar nicht stolz, daß Sie ein solches Produkt sein dürfen? Sie haben das Bluterbe Ihrer Familie, Ihres Stammes, das Geisteserbe der Menschheit, und Sie, Sie wollen . . .?“

„Ja, ich will. Ich weiß nicht, was in meinem Bluterbe alles steckt, aber ich weiß, daß es durch Hunger nicht vermehrt wurde. Geisteserbe? Ein schwacher Geist, der noch nicht einmal die einfachste Forderung lösen konnte: wie man satt wird.“

„Und dann vergessen Sie nicht, was Sie Ihrer Umgebung, der Gegenwart schuldig sind. Legen Sie kein Gewicht auf die Gestaltung der Zeit? Denken Sie an die Möglichkeiten, aber auch an die Verpflichtungen. Niemand darf schrankenlos sein und gegen sich und auch andre in tollen Leidenschaften wüten, jeder hat ein Anrecht auf die Gemeinschaft, aber auch die Gemeinschaft auf ihn.“

Der junge Mann begann plötzlich nach Luft zu schnappen. Er beugte sich zur Seite und legte den Kopf auf den Tisch.

„Wie die freie Liebe ein Vorwand ist, um möglichst viel schrankenlosen Genuß auf Kosten andrer zu erhaschen, so ist der freie Tod einer, um sich mit Gewalt und unnatürlich aus der Gemeinschaft wegzubegeben. Das ist nicht erlaubt! Sie haben kein absolutes Verfügungsrecht über Ihre Person, Sie gehören ja gar nicht sich selbst!“

Sein Gegenüber horchte auf. Formte ein grimmiges Lächeln: „Nur mein Hunger gehört mir selbst. Oder nicht einmal der? Sagen Sie, wer um Gotteswillen legt denn noch Wert darauf, mich zu besitzen?“

Noch während des letzten Satzes sprang er eilig auf, ging um den Wirtshaustisch herum, leerte den Inhalt des Tischaufsatzes in seinen Hut und steckte behend den Geldbeutel seines Nachbars in die Hosentasche. An der Tür rief er dem Erstaunten noch zu: „Mein Besitzer wird Sie schadlos halten. Sie kennen ihn ja!“

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht. Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst

Sonnabend, den 14. Januar 1928: 15,45—16,15: Stunde mit Büchern. — 15,45—16,15: Stunde mit Büchern. — 16,15—16,30: Die Filme der Woche. — 16,30—18,00: Unterhaltungskonzert. — 18,00: Abt. Welt und Wanderung. — 18,30: Uebertragung von der Deutschen Welle, Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 18,55: Dritter Wetterbericht. — 19,00—19,30: Abt. Literatur — 19,30—20,00: Hans Bredow-Schule: Abt. Sprachkurse. — 20,10 —21,10: Heiterer Abend. — 21,10—22,00: Uebertragung aus dem Restaurant „Südpark“: Konzert. — 22,30—23,00: Uebertragung aus Berlin: Funktanzstunde. Anschließend Tanzmusik.

Kattowitz — Welle 422

Sonnabend. 16.20 und 16.40: wie vor. — 17.05: Nachrichten. 17,20: Geschichtsstunde. — 17.45: Uebertragung aus Warschau. — 18,55: Verschiedene Berichte. — 19.35: Uebertragung aus Krakau. — 20,30: Uebertragung aus Warschau. — 22,00: Tägliche Berichte. — 22.30: Konzertübertragung.

Warschau — Welle 1111.

Sonnabend. 11.40: Berichte. — 12.20: Schallplattenkonzert. 14.40: Berichte. — 16.00: Vorträge. — 17,45: Kinderstunde. — 18,55: Berichte, anschließend Vortrag. — 20.30: Leichte Musik, übertragen aus Posen. — 22.00: Tägliche Berichte. — 22.30: Uebertragung von Tanzmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Sonnabend. 11,00: Vormittagsmusik. — 15.30: Jugendbühne. — 18.00: Nachmittags-Akademie. — 19.00: Tricks im Film. — 19.45: Operettenaufführung „Die schöne Helena“. Uebertragung der Jazzband aus dem Grill-Room (Hotel Bristol).

Deutschnationale Diktaturpläne

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Da die Deutschnationalen mehr und mehr an der Möglichkeit verzweifeln, die Republik auf dem Wege der Gewalt zu stürzen, sind sie in ihrer politischen Praxis jetzt darauf aus, sie gewissermaßen zu denaturieren, d. h. ihr ihren demokratisch-parlamentarischen Inhalts zu rauben. Das ist der Sinn der in ihrer Presse und in ihren Reden immer wieder auftauchenden Vorschläge einer Verfassungsänderung im Sinn einer Stärkung der Macht des Reichspräsidenten. Sie berufen sich dabei auf das Vorbild der amerikanischen Konstitution, die in der Tat dem Präsidenten während seiner vierjährigen Amtszeit sehr weitgehende Befugnisse erteilt, und sie verlangen, daß ähnlich wie in den Vereinigten Staaten der Bestand des Kabinetts unabhängig von dem Willen des Parlaments sein müsse, während dem Reichspräsidenten das Recht zu geben sei, die Regierung oder einzelne Mitglieder nach einen Befinden zu ernennen oder zu verabschieden. Ob sie mit solchen Plänen auch hervortreten würden, wenn statt Hindenburg etwa ein Sozialdemokrat an der Spitze des Staatswesens stehen würde, ist natürlich mehr als zweifelhaft. Trotz mancher Enttäuschung, die ihnen Hindenburg bereitet hat, halten sie ihn doch immer noch für einen Atout in ihrem Spiel, und — wenn auch unklar — schwebt ihnen die Hoffnung vor, daß er mit diktatorischen Vollmachten ausgerüstet der innerlich ausgehöhlten Republik selbst wider seinen Willen den Todesstoß versetzen könne.

Die Anhänger dieses Uebergangsfaschismus müssen freilich zu ihrer Betrübnis die Aussichtslosigkeit ihrer weitausschauenden Pläne im gegenwärtigen Zeitpunkt erkennen. Die nötige Zweidrittelmajorität ist heute nicht zu haben und wird nach den nächsten Wahlen erst recht nicht zu finden sein. Deswegen aber geben sie ihre Ideen nicht vollständig auf, sondern versuchen nur auf anderem Wege zum Ziele zu gelangen. Sie stützen sich auf die Klagen, die die industriellen und agrarischen Kapitalisten über den angeblich unerträglichen Steuerdruck und über die leichtfertige Ausgabenwirtschaft der aus dem gleichen Wahlrecht hervorgegangenen Parlamente in Reich, Ländern und Kommunen erheben, und sie tragen nicht einmal Bedenken, die bekannten Mahnungen des von ihnen seinerzeit als Sklavenhalter begrüßten Reparationsagenten zu verwenden, um die Einsetzung einer Finanzdiktatur zu propagieren. Daß Parker Gilbert sich in die deutsche Finanzgebarung in einer für den „nationalempfindenden" Deutschen schwer erträglichen Weise in der Zeit eingemischt hat, in der die Deutschnationalen maßgebenden Einfluß in der Regierung besaßen, wird selbstverständlich mit Stillschweigen übergangen. Ihnen kommt es darauf an, die Macht des Parlaments zu brechen, und dazu ist ihnen jedes Mittel recht.

Zum Mundstück ihrer Bestrebungen macht sich neuerdings der Abgeordnete von Freytagh-Loringhoven, der sich, als er noch Untertan des Zaren war, zu der konstitutionell-demokratischen Partei rechnete und sich auch jetzt in seiner neuen Heimat noch gern als Anhänger einer konstitutionellen Verfassung aufspielt, wenn er sich rednerisch oder literarisch für die reaktionärsten Maßnahmen einsetzt. In der „Deutschen Juristenzeitung", die ihre Spalten allen Gegnern der Demokratie und der gegenwärtigen Staatsform immer in der weitherzigsten Weise zur Verfügung stellt, entwickelt dieser junge Bürger unseres Staates das schöne Projekt eines Reichs-Sparhofs, der einen Damm gegen unberechtigte Ausgabenbewilligungen der Volksvertretungen bilden soll.

Der Sparhof wird danach aus drei vom Reichspräsidenten ernannten Männern bestehen. Der Vorsitzende wird von der Reichsregierung, die beiden Mitglieder werden vom Reichsrat vorgeschlagen. Außerdem wird ein Reichs-Sparanwalt ernannt, der gegen Beschlüsse des Reichstages, durch die Ausgaben bewilligt, oder Länder, Gemeinden oder Körperschaften öffentlichen Rechts mit Ausgaben belastet werden, Einspruch zu erheben hat, wenn sie seiner Ueberzeugung nach den Belangen der Staats- und Volkswirtschaft zuwiderlaufen. Ueber den Einspruch entscheidet der Reichssparhof, und gibt er ihm statt, so verliert der angefochtene Beschluß des Reichstags seine Kraft. Die Länder können ihrerseits einen Landessparhof einsetzen. Tun sie es nicht, so hat der Reichssparanwalt die Befugnis, gegen Beschlüsse der Landtage, der Selbstverwaltungsorgane und der Körperschaften öffentlichen Rechts beim Reichssparhof Einspruch zu erheben.

Hier also haben wir die Kaltstellung aller gesetzgebenden Körperschaften in finanziellen Fragen. Daß die Parlamente damit praktisch so gut wie vollständig erledigt wären, bedarf kaum besonderer Betonung. Aber nicht die Parlamente allein, sondern auch die Regierungen sind ausgeschaltet, denn die Mitglieder des Reichssparhofs werden auf sieben Jahre ernannt und sind unabsetzbar. Sie sind demzufolge während ihrer Amtsperiode die eigentlichen und absoluten Beherrscher des Landes. Sie verhindern nach eigenem Gutdünken jede Ausgabe, und es liegt auf der Hand, um das nur nebenbei zu erwähnen, daß diese Verbote in der Hauptsache alle Bewilligungen treffen werden, die den Interessen der Arbeiterschaft dienen sollen.

Herr von Freytagh-Loringhoven ist ein neckischer Mann. Er meint, die Diktatur eines Einzelnen werde das deutsche Volk möglicherweise nicht ertragen. Deshalb schlägt er das Triumvirat, die Drei-Männer-Diktatur vor. Er meint des weiteren, daß die Ermächtigungsgesetze von 1923 in schrofferem Widerspruch zur Verfassung gestanden und dem Reichstag größere Rechte genommen hätten als der von ihm angeregte Sparhof, und er vergißt nur, daß die Regierungen, die die Ermächtigungsgesetze erließen, immerhin unter der Kontrolle des Reichstages standen und nicht wie die Mitglieder des Sparhofs für sieben Jahre unabsetzbar waren, gar nicht zu reden davon, daß die heutige Zeit mit der der Inflation und der der Stabilisierung nicht zu vergleichen ist.

Wie sich nun freilich der Projektemacher und seine Freunde die Verwirklichung ihrer Ideen vorstellen, ist nicht ganz klar. Wahrscheinlich nehmen sie an, daß für die Finanzdiktatur auch solche Kreise des kapitalistischen Bürgertums zu gewinnen sein werden, die keine Neigung haben, sich auf ein unmittelbar gegen die republikanische Staatsform gerichtetes Unternehmen einzulassen. Diese Gefahr besteht allerdings, und wir tun gut, sie im Auge zu behalten. Nicht nur in den nächsten Monaten, in denen der gegenwärtige Reichstag noch beieinander ist, sondern vor allen Dingen auch bei der Vorbereitung der Neuwahlen. Es muß mit allen Kräften dafür gesorgt werden, daß das Ergebnis dieser Neuwahlen den deutschnationalen Faschisten jede Neigung zu einer weiteren Verfolgung ihrer verbrecherischen Pläne nimmt. Immerhin kann uns bei dieser Arbeit die Tatsache von Nutzen sein, daß sie ihre Karten zur rechten Zeit so rücksichtslos aufgedeckt haben.

Der letzte Weltrevolutionär des Bürgertums

Wilsons Punkte. — Das Jubiläum einer Illusion.

Die „Wiener Arbeiterzeitung" schreibt:

Vor zehn Jahren, am 10. Januar 1918, veröffentlichten die deutschen und österreichischen Zeitungen den Text der Botschaft, die Präsident Wilson an den amerikanischen Kongreß gerichtet hatte. Sie gipfelte in den berühmten vierzehn Punkten, die Wilson als die Bedingungen eines gerechten Friedens formulierte.

Es waren die Tage der sogenannten Friedensverhandlungen der Kaisermächte mit den Beauftragten der russischen Revolution in Brest-Litowsk. Eine Woche vorher hatte Lloyd George vor einer Abordnung der Gewerkschaften die Kriegs- und Friedensziele der Ententemächte entwickelt. Es war eine aufregende, atembeklemmende Zeit, in der auf die Völker der beiden großen Militärmonarchisten die Gedanken und Forderungen der bürgerlichen Demokratie vom Westen, der proletarischen Botschaft ein starres Nein entgegen. Die proletarische Demokratie Sowjetrußlands, damals vollkommen ohnmächtig, wurde gedemütigt, Rußland zerrissen, ihm ein Friede aufgezwungen, der die politische Vernichtung der europäischen Stellung Rußlands bedeutet hätte. Die Botschaft der bürgerlichen Demokratie aus England, aber vor allem aus Amerika, wurde hochmütig in den Wind geschlagen: die Westmächte sollten mit Hilfe der in Rußland freigewordenen Truppen entscheidend geschlagen, das imperialistische Weltreich der Hohenzollern, die als kleineren Kompagnon die Habsburger mitnahmen, errichtet werden. Keine acht Monate vergingen — und die militärische Macht der Mittelmächte lag zerbrochen am Boden, aus dem deutschen Hauptquartier verlangte Ludendorff, aus Wien der in jedem Sinne letzte Außenminister der österreichisch-ungarischen Monarchie, Graf Julius Andrassy, einen Waffenstillstand: vorbehaltlos wollten sie die vierzehn Punkte Wilsons annehmen.

Aber damals war es schon zu spät: ein Friede in Wilsons Sinne wäre nur möglich gewesen in einem Augenblick, in dem die militärischen Kräfte in den Ländern der Entente auf die Hilfe Amerikas tatsächlich angewiesen waren und folglich auf den mächtigen Verbündeten Rücksicht nehmen mußten, in einem Augenblick, in dem noch nicht alle Fäden zwischen London, Paris und Petersburg abgerissen waren und die englischen und französischen Militaristen, um den endgültigen Bruch mit Rußland zu vermeiden, sich zu einem wirklichen Frieden hätten bequemen müssen. Der Wilson-Friede wäre aber auch nur dann möglich gewesen, wenn in Deutschland und Oesterreich-Ungarn demokratische und proletarische Kräfte einen entsprechenden Druck auf die feudal-militaristische Staatsgewalt hätten ausüben können. Englands und Frankreichs Imperialisten von Wilson und von der russischen Revolution gezügelt. Deutschlands und Oesterreich-Ungarns imperialistisch-feudale Kräfte von der eigenen Demokratie unter Druck genommen: aus dieser Lage wäre tatsächlich ein andres Europa entstanden. Die gleichzeitige Wirksamkeit dieser Kräfte war die Voraussetzung ihres Erfolges: da sie fehlte, mußte die Politik Wilsons scheitern, stießen schlimmste Enttäuschungen Europa in die verhängnisvollsten Wirren, deren Ende noch heute nicht abzusehen ist.

Es ist nach dem Kriege die große nationalistische Mode geworden, Wilson als einen Schwindler und Betrüger oder einen weltfremden Ideologen hinzustellen, der die Völker der Mittelmächte mit seinen Versprechungen genarrt, mit seinen vierzehn Punkten zur Waffenstreckung verlockt hat und dann seine und Amerikas Versprechungen brach. Die geschichtliche Wahrheit ist eine ganz andre: weder war Wilson ein Schwindler noch ein Träumer, Seine vierzehn Punkte und die machtpolitische Ordnung, die aus ihnen hervorgehen sollte, waren das internationale System der bürgerlichen Demokratie. Als die beiden großen kriegführenden Gruppen sich noch machtpolitisch die Wagschale hielten, die eine stark durch ihre wirtschaftliche, die andre stark durch ihre militärische Macht, hätte er als Schiedsrichter den Ausgleich herstellen und dadurch eine Angleichung der sozialen und politischen Bedingungen in Europa herbeiführen können. In diesem Sinne kann man sagen, daß die vierzehn Punkte Wilsons das Programm der bürgerlichen Revolutionierung Europas gewesen sind. Die Freiheit der Meere, der Bund der von demokratischen Kräften gelenkten Völker, die Abrüstung, die Demokratisierung der Diplomatie durch die Abschaffung der Geheimverträge, die Befriedigung der nationalen Forderungen der in Osteuropa wohnenden Nationen innerhalb der Grenzen einer vernünftigen nationalen Autonomie, die Abtötung der französischen und italienischen Irredenta durch die Herausgabe der von den Hohenzollern und Habsburgern gewaltsam geraubten Gebiete, die Wiedergutmachung des durch die Vernichtung Polens begangenen ungeheuren geschichtlichen Unrechtes — das war der wesentliche Inhalt der vierzehn Punkte Wilsons. Nichts ist an ihnen doktrinär oder utopisch, wenn es in Europa eine bürgerliche Demokratie gegeben hätte, die bereit gewesen wäre, ihre eigene Revolution durchzuführen.

Darin aber liegt die Tragik, die große geschichtliche Täuschung Wilsons: daß er nicht wußte, daß in Europa die Scheidung der Klassen, die Entwicklung des Klassenbewußtseins so stark ist, daß sich die bürgerliche Revolution nur entweder auf dem Wege des imperialistischen Krieges oder auf dem Wege der proletarischen Revolution vollziehen kann, und daß er also ein Programm entwarf, zu dessen Ausführung damals die politischen Kräfte fehlten. Die drei großen politischen und sozialen Tatsachen des neuen Europa: die Entstehung von neuen Nationalstaaten, der Sturz der feudalen Agrarverfassung, die Umwandlung der großen Militärmonarchien in bürgerliche Republiken fallen noch durchaus in den Rahmen der bürgerlichen, allerdings der revolutionären bürgerlichen Demokratie. Aber diese bügerlichen Revolutionen wurden teils durch die entfesselten Mächte des imperialistischen Krieges, teils im Sturmlauf, im Aufstieg und Niedergang von proletarischen Revolutionen durchgeführt, weil heute nur diese beiden schöpferische, weltbewegende und formende Kräfte sind.

So offenbart sich in dem Schicksal Wilsons, in dem Scheitern seiner Politik die Erschöpfung des revolutionären Geistes des Bürgertums und an den Zuständen, an deren Schaffung er in so hervorragendem Maße mitgewirkt hat, ist zu erkennen, wie die bürgerliche Wirklichkeit beschaffen ist. Von den vierzehn Punkten Wilsons zu den Friedensverträgen von Versailles, Saint-Germain und Trianon — das ist der Weg von der bürgerlichen Utopie zur bürgerlichen Wirklichkeit! An den Tatsachen hat sich erwiesen, daß eine Neugestaltung der Welt aus dem Geiste des revolutionären und demokratischen Bürgertums eine Illusion ist: es gibt nur noch ein konservatives Bürgertum und ein revolutionäres Proletariat.

Verbrecherunwesen im Mittelalter

Ein Kapitel Mittelalter. — Vielweiberei in Thorn. — Tänze im „bloßen Hemd". — Ein pommerscher Massenmörder von 1000 Personen. — Was die Blutjustiz verschlimmerte.

Der Lebenswandel im ausgehenden Mittelalter wird in einem fliegenden Blatte aus dem Jahre 1581 als „wild und viehisch" bezeichnet. Zum Beweise dafür wird in erster Linie auf die Zunahme der Verbrechen, besonders der Sittlichkeitsverbrechen, hingewiesen, gegen die allerdings die damalige Strafjustiz samt Galgen und Schwert völlig machtlos blieb.

Die Sittlichkeitsdelikte, um mit diesen zu beginnen, spielten um die Jahre 1500 bis 1600 eine außerordentlich große Rolle. „Sodom und Gomorrha, ja selbst der Venusberg, sind Kinderspiele gegen die jetzt umlaufende Unzucht," urteilt der märkische Generalsuperintendent Musculus. Im Jahre 1528 klagt der Ulmer Reformator Konrad Sam: „Unzucht und Ehebruch sind ganz allgemein in der Welt, es verführt einer den anderen, „ja man rühmt sich der begangenen Bubenstücke". Kein Wunder also, daß ein Ulmer Ratsbeschluß von 1527 dem Inhaber des dortigen Bordells befehlen mußte, Knaben von 12 bis 14 Jahren nicht einzulassen.

„Ehebruch ist jetzund so gemein,
Niemand seines Weibes gelebet allein."

So singt der Schand- und Nacktmaler Nikolaus Manuel. Der Ehestand war verachtet. „Narr, nimm ein Weib, so hat deine Freud ein Ende! Ein Ehemann hat nur zwei fröhliche Tage, den Brauttag und wenn ihm sein Weib stirbt". So lauten einige gebräuchliche Spottreden über den Ehestand. Aus Ravensburg wird berichtet: „Zwei Ehepaare verständigten sich dahin, einige Nächte zu wechseln; das fremde Fleisch schmeckte ihnen so lange, bis der Rat darauf kam und sie auswies". Vielweiberei nahm allgemein überhand. Der Magistrat in Thorn ließ im Jahre 1589 das Verbot ergehen: „Niemand soll bei Verlust seines Kopfes zwei Weiber auf einmal nehmen". In Schweidnitz ward 1558 der Schneider Bastian Maurer mit dem Schwerte hingerichtet, weil er zwei Weiber genommen hatte. Ebendort wurde 1560 ein 72jähriger Greis enthauptet, weil er zwei getraute Weiber gehabt hat, sich für einen Schatzgräber ausgegeben und zwei Jungfrauen, so er zum Schatzgraben gebrauchte, geschwängert hat.

Viele Prediger jener Zeit führen ernste Klage über die unzüchtigen Tänze. Anno 1543 schrieb der Frankfurter Prädikant Ambach eine besondere Strafpredigt gegen das „tolle, tobende, rasende, wütende, leichtfertige, unzüchtige, geile, hurerische und und bübische Tanzen, so gemeiniglich von der unzüchtigen Welt geschieht".

Zahlreiche Stimmen bestätigen, daß dieses Urteil Ambachs nicht übertrieben war. Im „Tanzteufel", einer 1567 verfaßten Schrift, werden Tänze beschrieben, wo den Dirnen und Mägden „die Kleider bis über den Gürtel, ja bis über den Kopf fliegen", selbst in den Dörfern laufe alle Welt zu den wilden Tänzen, zu ihrer „Teufels Wallfahrt". An einer Stelle werden Tänze im „bloßen Hemd" erwähnt.

Aus Weßlingburen, einem Städtchen im Dithmarschen Gebiete, berichtet Neocorus, im Jahre 1590, seien an einer Fastnacht einmal 40 Mädchen geschwängert worden. Und der Prediger Johann Rodius in Thüringen klagt im Jahre 1584 „jetzund sind schier alle Dorfschenken Hurenhäuser geworden und alle Büsche voller Landhuren".

Die Schuld an diesen Zuständen wird von einigen Chronisten teilweise der damaligen Obrigkeit beigemessen. So äußert sich ein Chronist in einer Schrift, die den Titel „Wider den Hurenteufel" trägt: „Hurenhäuser werden gestattet und befördert und besser in Verwahrung und baulichem Wesen denn Kirchen und Schulen gehalten".

Andererseits aber haben die damaligen obrigkeitlichen Behörden mit den schärfsten Strafen das wachsende Sittenverderben einzudämmen versucht.

In Württemberg waren im Jahre 1586 Ehebruch, Hurerei und Unzucht „dermaßen gemein geworden, daß man solch unzüchtiges Wesen schier für keine oder eine geringe Sünde" ansehen wollte. Deshalb bestimmte Herzog Ludwig am 21. Mai 1586 wegen Bestrafung der Fleischesverbrechen: Nicht allein, wer Notzucht und Blutschande betreibe, sei mit dem Tode zu bestrafen, sondern auch derjenige, welcher ehebrüchig werde. Es soll dann der Mann enthauptet, das Weib ertränkt werden.

Alle Strafmandate erwiesen sich als wirkungslos. Auch die in dem 16. Jahrhundert in den meisten Städten vorgenommene Aufhebung der öffentlichen Frauenhäuser brachte die beabsichtigte bessernde Wirkung nicht. Uebrigens war eine der Hauptursachen für die Aufhebung dieser Häuser auch ohne Zweifel die damals gleich von Anfang an mit furchtbarer Wucht auftretende Syphilis und der Ausbruch anderer Seuchen. Die „gemeinen Häuser" wurden vielfach, so auch in Würzburg, in Spitäler für venerische Krankheiten umgewandelt.

Mit der so verbreiteten Unzucht nahmen Diebstahl, Raub, Mord, Brandstiftung, Selbstmorde und ruchlose Anschläge gegen das allgemeine Wohl in schrecklichstem Maße überhand. Insbesondere mehrte sich auch die Zahl der von Jugendlichen begangenen Verbrechen. Wie der herrschende Aberglaube großen und kleinen Dieben Gelegenheit und Vorwand gab zu den tollsten Prellereien, so drückte er auch dem gesamten übrigen Verbrecherwesen den Charakter des Dämonischen auf. Selten hat die Giftmischerei, wie noch weiter unten gezeigt werden wird, so geblüht wie in dieser Zeit. Zaubertränke, Zauberformeln, Beschwörungen, Verwünschungen usw. spielen massenhaft in alle verbrecherischen Taten hinein, welche gegen Leib und Leben des Nächsten unternommen wurden.

In Stralsund machte sich das Verbrecherunwesen besonders bemerkbar. Ein Zeitgenosse berichtet: Die ungestraften Verbrechen und Bluttaten würden ein ganzes Geschlecht von Verbrechern und Blutdürstigen zeitigen. So geschah es denn auch in der Tat! Binnen 33 Jahren, von 1554 bis 1587 kamen in Stralsund 167 Morde und Totschläge vor. Während dieser Zeit wurden daselbst 46 Personen gehängt. Einmal wurden zu gleicher Zeit Vater, Sohn und Schwiegersohn an einem Tage aufgeknüpft und wiederum an einem anderen Tage 5 Personen wegen Raubes enthauptet. Die Strafe der Hinrichtung erlitten 38 Verbrecher wegen Raubes, Mordes, Brandstiftung, Ehebruchs, Blutschande und absonderlicher Unzucht. 18 Mörder wurden gerädert, 7 wegen Mordes und Falschmünzerei zum Feuer verurteilt, 2 lebendig begraben und einer ertränkt.

In der Pommerschen Chronik des Joachim von Wedel-Wedel wird im Jahre 1581 von der Hinrichtung eines Mörders und Straßenräubers berichtet, der nach einem Geständnis seine sechs Kinder und 964 Menschen umgebracht hat. Von einem zweiten solchen Verbrecher aus dem gleichen Jahre wird vermeldet, dieser habe 544 Personen gemordet, darunter 24 schwangere Frauen, denen er die Frucht ausgenommen und zu seiner Zauberei gebraucht habe.

Von 1540 bis 1650 wurden in Thorn über 90 Verbrecher mit dem Tode bestraft. Diebstahl, Kirchenraub, Totschlag, besonders Kindesmord, Giftmord, Notzucht, Sodomiterei, Bigamie, Blutschande, Zauberei. Selbstmorde waren daselbst an der Tagesordnung.

Auf dem Rechtstage zu Wismar im Jahre 1568, anläßlich der juristischen Beratung über die damaligen Rechtszustände, äußerte sich ein herzoglicher Beamter Dr. Behm also: „Das Morden will fast eine unstrafbare Gewohnheit werden. Totschläge und Ehebrüche bleiben der Geschenke und der Privatpersonen Einmischungen wegen ungestraft".

Von besonders hohem Interesse ist das Tagebuch des Nachrichters Franz Schmitt, der Strafvollzugsbeamter war, im Jahre 1577 in Nürnberg seinen Dienst antrat und daselbst bis 1617 verblieb. Im Jahre 1578 mußte er 13 Personen zu Tode führen.

1579 hatte er ebenfalls 13 hinzurichten. Die Verbrechen waren schwer und mannigfaltig. Von besonderer Bedeutung sind seine Aufzeichnungen aus dem Jahre 1580. Diese führen uns die Schauerlichkeit jener Tage so recht vor Augen. Dort heißt es u. a. (man achte auf die Daten). Am 26. Januar drei Kindesmörderinnen mit dem Schwerte hingerichtet, die Häupter auf das Hochgericht genagelt. Am 15. Februar einen, der zwei Weiber genommen, mit Ruten gestrichen. Am 23. Februar einen Räuber mit dem Schwerte gerichtet. Am 3. März einen Brudermörder mit dem Schwerte gerichtet und auf das Rad gelegt. Am 27. März eine Diebin mit Ruten gestrichen. Am 28. April zwei Diebe mit dem Strange gerichtet. Am 15. Juli zwei Diebe und einen Mörder, der drei Morde begangen und mit der Frau eines der Ermordeten Hochzeit gehalten, mit dem Stage und mit dem Rade gerichtet. Am 18. und 20. Juli und am 12. August vier Diebe mit dem Strange gerichtet, einen mit Ruten ausgestrichen. Am 16. August einer Mörderin drei Griff mit einer Zange in den Leib gegeben, darnach stehend mit dem Schwerte gerichtet, den Kopf an einer Stange über sie gesteckt, den Körper unter dem Galgen begraben. Am 23. August einen Krebsdieb, der zuvor auf den Galeeren gewesen, mit Ruten gestrichen. Am 7. September einer Kupplerin den Finger abgeschlagen.

„Summa Summarum," so schließt der Nachrichter Franz Schmitt im Jahre 1617 sein Tagebuch, „habe ich 361 Personen vom Leben zum Tode hingerichtet und außerdem 345 Personen am Leibe gestraft, mit Ruten gestrichen, ihnen die Ohren abgeschnitten und Finger abgeschlagen". Darauf habe er seinen Dienst wieder aufgegeben und sei „wieder redlich gemacht worden." — Gute alte Zeit!!

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Es wird nochmals nachdrücklichst darauf aufmerksam gemacht, daß die Ortsgruppen sich nicht auf das im „Volkswillen" veröffentlichte Programm verlassen, sondern die Vorsitzenden der einzelnen Ortsgruppen werden hierdurch aufgefordert, sich mindestens 10 Tage vorher mit den einzelnen Referenten in Verbindung zu setzen. Für ein pünktliches Erscheinen kann sonst keine Bürgschaft übernommen werden.

Katowice. Am Dienstag, den 17. Januar 1927, 7½ Uhr abends, findet im Zentralhotel der Vortrag des Gen. Dr. Wolf „Zur Geschichte des Achtststundentages" statt. Nach der Sitzung findet ferner eine Vorstandssitzung statt, zu der wegen der wichtigen Tagesordnung — Bibliothek, Bunter Abend — um möglichst zahlreiches Erscheinen der Vorstandsmitglieder ersucht wird.

Zawodzie-Bogutschütz. Am Sonntag, den 15. Jan. 1928, abends 6 Uhr, im Cyganschen Restaurant, Vortrag: „Christentum einst und jetzt". Ref.: Gen. Dr. Bloch. Zahlreiche Beteiligung, besonders der Frauen erwünscht.

Königshütte. Am Montag, den 16. d. Mts., abends 6½ Uhr, veranstaltet der Bund im großen Saale des Volkshauses einen Märchenabend mit Lichtbildern für Kinder. Hierzu können sämtliche Gewerkschaften und Parteigenossen ihre Kinder schicken. Eintritt pro Person 15 Groschen.

Versammlungskalender

Generalversammlungen des Maschinisten- u. Heizerverbandes

Königshütte, 15. Januar, vormittags 9½ Uhr.
Lipine, 17. Januar, abends 7½ Uhr.
Laurahütte, 22. Januar, vormittags 10 Uhr.
Schwientochlowitz, 29. Januar, vormittags 10 Uhr.

Die Versammlungen finden durchweg in den bisher benutzten Lokalen statt.

Bezirkskonferenzen

zwecks technischer Durchführung der Wahlen!

Für folgende Bezirke sind Konferenzen am

Sonntag, den 15. Januar, vorm. 10 Uhr

vorgesehen.

Groß-Kattowitz,
umfassend die Ortschaften: Kattowitz, Zawodzie, Zalenze, Domb, Bogutschütz, Idaweiche.
Lokal: Kattowitz, **Bundeshaus**, August-Schneiderstraße 8.
Referenten: Abg. Gen. Biniszkiewicz und Hanisch.

Siemianowice,
umfassend die Ortschaften: Baingow, Bytkow, Michalkowice, Przelajka, Welnowiec, Siemianowice.
Lokal: Siemianowice, bei **Kozdon**, Teichstraße.
Referenten: Genosse Rubin und Gorny.

Nowa-wies (Antonienhütte),
umfassend die Ortschaften: Antonienhütte, Neudorf, Bykowina, Bielszowice, Klodnica, Kochlowice, Halemba, Konczyce, Makoszowy, Pawlow, Nowy-Bytom, Ruda, Chudow, Paniowki, Przyszowice, Borowa-Wies.
Lokal: Nowa-Wies, bei **Gorecki.**
Referenten: Abg. Gen. Juchelek und Dorrn.

Nikolai,
umfassend die Ortschaften: Mikolow, Bujakow, Cielmice, Gardawice, Gostyn, Jaroszowice, Kamionka, Krolowka, Lazisko Dolne, Laziska Srednie, Laziska Gorne, Mokre, Murcki, Ornontowice, Orzesze, Panewniki, Paprocany, Piotrowice, Podlesie, Smilowice, Tychy, Urbanowice, Wilkowyje, Woszczyce, Wyry, Zarzecze, Zawada, Zawisc, Zazdrosc.
Lokal: Nikolai, bei **Ciossek,** Ring, (Hotel Gorno-Slonski).
Referenten: Abg. Gen. Rumpfeld und Peschka.

Rybnik,
umfassend die Ortschaften: Rybnik, Adamowice, Biertultowy, Bogunice, Boguszowice, Brzezie, Chwalencice, Chwalowice, Czernica, Dzimierz, Gaszowice, Gotartowice, Jankowice, Jejkowice, Kobyla, Kornowacz, Krzyszkowice, Lyski, Lanco, Lukow, Nieboczowy, Niedobczyce, Niewiadom Gorny, Niewiadom Dolny, Nowa-Wies (Lyski), Orzupowice, Piece, Pieczkowice, Pogrzebin, Popielow, Pstronzna, Raszczyce, Rydultowy Dolne.
Lokal: Rybnik, im **Hotel Polski.**
Referenten: Abg. Genossen Pech und Kowoll.

Lublinitz.
Für die gesamten Ortschaften des Kreises im **Schützenhaus**, Lublinitz.
Referenten: Abg. Lubas und Redakteur Slawik.

Tarnowitz.
Für alle Ortschaften des Kreises Tarnowitz **um 3 Uhr nachmittags im Schützenhaus, Tarnowitz.**
Referenten: Genossen Slawik und Abg. Lubos.

Zu diesen Konferenzen haben die Vorstände der D. S. A. P. und der P. P. S., sowie geladene Funktionäre der Gewerkschaften der benannten Orte Zutritt. Einladung, beziehungsweise Mandat legitimiert.

*

Für die übrigen 7 Bezirke finden die Konferenzen am **22. Januar** statt, worüber wir noch in der „Gazeta Robotnicza" und im „Volkswille" berichten werden. Es sind vorgesehen: **Königshütte, Myslowitz, Imielin, Pleß, Rzendowka, Sohrau und Loslau.** Die zugehörigen Ortschaften werden noch bezeichnet.

Kattowitz. Freie Turnerschaft. Generalversammlung Sonntag, den 15., nachmittags 5 Uhr. Mannschaftsabend findet den 14., Sonnabend, abends 8 Uhr, statt.

Kattowitz. Arbeiter-Schachverein. Sonntag, den 15. Jan. 1928, findet im Zentralhotel, nachmittags um 2,30, die diesjährige Generalversammlung statt. Pflicht eines jeden Schachfreundes ist, an derselben teilzunehmen, da sehr wichtige Punkte zur Erledigung stehen.

Bismarckhüütte. D. M. V. Sonntag, den 15. Januar 1928, findet die Generalversammlung des D. M. V. um 9½ Uhr im Lokal des Herrn Freitel, ul. Krakowska 11, statt.

Freie Sänger Bismarckhütte. Freitag, ¾8 Uhr: Probe im Arbeiterkasino Königshütte.

Königshütte. Freidenker. Sonntag, den 15. Januar, vorm. 9½ Uhr, findet eine Bezirkskonferenz im Volkshaus statt, zu welcher alle Delegierten und Vorstände der Ortsgruppen zu erscheinen haben. Die Kassierer werden ersucht, bei derselben die fehlenden Beträge zu begleichen.

Königshütte. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 15. 1. 1928, vormittags um 9½ Uhr, findet im Dom Ludowy eine Mitgliederversammlung der Bergarbeiter statt. Referent zur Stelle.

Köngshütte. Freie Bildungsgemeinschaft. Am Sonnabend, den 14. Jan., abends 8 Uhr, findet die Sitzung der Freien Bildungsgemeinschaft statt, zu welcher zahlreiches Erscheinen erwünscht ist.

Königshütte. Arbeiter-Ges.-Ver. „Vorwärts". Mitgliederversammlung am 17. Jan., um 7½ Uhr nachmittags. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Schlesiengrube. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 15. 1. 1928, vormittags um 10 Uhr, findet eine Versammlung der Bergarbeiter u. D. S. A. P. statt. Lokal wie üblich. Referent zur Stelle.

Michalkowitz. Bergarbeiter u. D. S. A. P. Am Sonntag, den 15. 1. 1928, nachm. 3 Uhr, findet bei Herrn Persich eine Mitgliederversammlund der Bergarbeiter u. der D. S. A. P. statt. Referent Nietsch.

Laurahütte. (Bergarbeiter.) Am Sonntag, den 15. 1. 1928, vorm. um 9½ Uhr, findet bei Herrn Kosdon eine Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Ref.: K. Sekulsky und Nietsch.

Siemianowitz. Gesangverein Freiheit. Am Sonnabend, den 14. Jan., 8 Uhr abends, findet eine wichtige Versammlung im Vereinslokal statt, zu welcher alle Mitglieder eingeladen sind.

Myslowitz. D. S. A. P. Die Monatsversammlung der D. S. A. P. findet am Sonntag, den 15. Jan., nachmittags um 3 Uhr, bei Krawczyk statt. Als Referent erscheint Gen. Matzke. Genossen erscheint zahreich.

Nickischschacht-Gieschewald. Bergarbeiter. Am Sonntag, den 15. Januar, vorm. 10 Uhr, findet im Gasthause Gieschewald die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes und des Bundes für Arbeiterbildung statt. Referent Kamerad Ritzmann. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen.

Nikolai. Metallarbeiter. Sonntag, den 15. Jan., vormittags 11 Uhr, findet die fällige Mitgliederversammlung statt. Vereinslokal Ciossek, Ring. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird dringend erwartet. Referent zur Stelle.

Nikolai. Die Generalversammlung der D. S. A. P. findet am Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Ciossekschen Lokal statt. Referent: Gen. Peschka.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.







